

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18688.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagvorschritt 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Görz und Cividale erobert.

Die Entrüsteten.

In einer ihrer letzten Nummern klagte die Chemnitzer Volksstimme wieder einmal über „gewissenlose Berührung“, die die bösen unabhängigen Sozialdemokraten gegen die braven Regierungssozialisten betreiben sollen. Den besonderen Anlaß gab ihr die Rede unfres Genossen Geyer vom vorigen Sonntag in der großen Versammlung der Stöttericher Festhalle, wo er die unerhörten Angriffe des Reichskanzlers auf unsere Partei zurückwies. Die Chemnitzerin bezeichnet es als einen „Standal“, daß der „alte Herr“ den Leipziger Arbeitern vorgerebet habe, alle Blockparteien, bezw. ihre Führer hätten gewußt, daß der Kanzler gegen die unabhängige Fraktion vorgehen würde; auch die Regierungssozialisten hätten zu diesen Wissenenden gehört und hätten das unsern Genossen verheimlicht. Die Chemnitzerin behauptet aufgeregt, Geyer müsse, da er an der betreffenden Reichstagsitzung teilgenommen habe, wissen, daß die von ihm aufgestellte Behauptung unwahr sei. Aus dem ganzen Verhalten des Reichstages sei unzweifelhaft hervorgegangen, daß alle Parteien mindestens ebenso überrascht waren, wie die Unabhängigen. Es sei nicht wahr, daß der Reichskanzler oder Capelle, Fraktionen oder Parteiführern Mitteilung von ihrer Absicht, gegen die Unabhängigen vorzugehen, gemacht hätten. Durch Zeitungsnotizen sei lediglich bekannt geworden, daß der Kanzler und einige Regierungsvertreter geraume Zeit vor der letzten Tagung des Reichstages ganz wenigen Parteiführern streng vertraulich von den Vorgängen auf der Hochseeflotte Mitteilungen gemacht hätten. Bei dieser Gelegenheit sei auch zur Sprache gekommen, daß einige der verurteilten Soldaten Aussagen gemacht hätten, mit einigen Abgeordneten der Fraktion der Unabhängigen in irgendwelchen Beziehungen gestanden zu haben. Weil damals den Parteiführern hätte mitgeteilt werden müssen, der Reichsanwalt sei der Ansicht, ein Verfahren gegen die in Betracht kommenden Abgeordneten sei wahrscheinlich aussichtslos, sei der Regierung von allen Seiten nahegelegt worden, ein Vorgehen gegen die Abgeordneten der Unabhängigen zu unterlassen. Es sei deshalb ein besonders arger Verbehungsvorwurf, wenn Geyer bei den Leipziger Arbeitern den Eindruck erwecken wollte, als ob die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit Michaelis unter einer Decke gesteckt habe.

Soweit die Chemnitzer Volksstimme. Ihre Verteidigung der Fraktion Scheidemann ist in keiner Weise durchschlagend und überzeugend. Selbst wenn die Sachlage genau so wäre, wie die Chemnitzerin sie darstellt, so wäre der Vorwurf, den Genosse Geyer gegen die regierungssozialistische Fraktion erhoben hat, durchaus berechtigt. Das Blatt sagt selbst, daß den Parteiführern in jener vertraulichen Sitzung beim Reichskanzler mitgeteilt worden sei, der Reichsanwalt halte dafür, daß ein Verfahren gegen die drei Abgeordneten unserer Partei wahrscheinlich aussichtslos sei, und daß daraufhin der Regierung nahegelegt worden sei, von einem Vorgehen abzulassen. Die Chemnitzer Volksstimme muß also selbst feststellen, daß in jener Besprechung keinerlei Sicherheit dafür gegeben wurde, daß ein Vorgehen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie unterbleiben werde. Die Regierung hatte keine bindende Erklärung abgegeben, und selbst die Stellung des Reichsanwalts war noch keine definitiv das Verfahren ablehnende. Es mußte also mit der Möglichkeit eines Vorgehens gegen unsere Partei gerechnet werden, und bei dem Charakter der Regierung Michaelis war diese Möglichkeit sogar recht stark. Das hat aber die Vertreter der Unabhängigen nicht veranlaßt, den verdächtigen Abgeordneten unserer Partei einen Fingerzeig zu geben, daß möglicherweise ein Vorstoß gegen sie erfolgen werde.

Genosse Geyer hat also kein Wort mehr gesagt, als er verantworten kann. Selbst wenn die Chemnitzer Volksstimme in allen Punkten ihrer Darstellung recht hätte, bliebe aber von ihr sehr unangenehm empfundene Vorwurf auf der Fraktion Scheidemann sitzen. Vielleicht steht die Sache aber noch viel schlimmer. In der Kreuzzeitung vom Sonntag finden wir in einem längeren Artikel über die augenblickliche politische Lage die folgende bemerkenswerte Stelle:

Wie wir bereits vor acht Tagen berichteten, hat damals keine Partei, auch die der Sozialdemokraten nicht, widersprochen, als der Kanzler als Schlussergebnis feststellte, man müsse jedenfalls politisch gegen die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten vorgehen, deren mora-

litische Schuld erwiesen sei, und dürfe deshalb ihre Kapitulation in Meer und Flotte nicht dulden. Wir müssen heute hinzufügen, daß damals alle Parteiführer, mit Ausnahme allein der deutschen Reichspartei, auf eine Frage des Kanzlers es als erwünscht erklärten, der Dessenlichkeit eine authentische Mitteilung über die Vorgänge in der Marine im gegebenen Augenblick zugänglich zu machen. . . .

Diese Mitteilung des konservativen Blattes belastet die Scheidemänner noch in ganz anderm Maße, als die Darstellung der Chemnitzer Volksstimme. Sie enthält die schwere Anklage, daß die Vertreter jener Fraktion in der Besprechung beim Reichskanzler gegen die von ihm dort bekundete Absicht, die Unabhängige Sozialdemokratie unter Ausnahmerecht zu stellen, keinen Einspruch erhoben haben, daß sie ihr Schweigen zustimmten. Sie behauptet ferner, daß die Herren wissen mußten, die Regierung werde die Vorgänge in der Marine der Dessenlichkeit mitteilen, wobei sie sich an den fünf Fingern abzählen konnten, daß diese Mitteilung den Vorstoß gegen die Unabhängige Partei enthalten werde. Stimmen also diese Behauptungen des konservativen Blattes, so hätten die Scheidemänner oder wenigstens die Führer ihrer Fraktion eine höchst schmachvolle Doppelrolle gespielt, und dann wäre die Entrüstung, mit der Ebert in der Reichstagsitzung vom 9. Oktober die Bannernklärung über die Unabhängige Sozialdemokratie zurückwies, eine direkte Heuchelei gewesen.

Wir lassen zunächst die Frage offen, ob die Kreuzzeitung die Wahrheit spricht. Aber wenn die Scheidemännerfraktion nicht den schmachvollen Verdacht als wahr anerkennen will, so muß sie die Behauptung der Kreuzzeitung sofort entkräften. Wenn sie das nicht in überzeugender Weise können sollte, so wäre sie vor der Dessenlichkeit gerichtet. Es ist schon bedenklich, daß die Kreuzzeitung ihre Darstellung schon einmal vor acht Tagen veröffentlicht haben will, ohne daß die Presse der Regierungssozialisten sofort entkräfteten Einspruch erhoben hat. Aber es wäre ja denkbar, daß ihr jene Veröffentlichung damals entgangen wäre, wie sie uns entgangen ist. Die jetzige Wiederholung dürfte den Herren Scheidemännern indessen wohl kaum abermals entgangen sein und für alle Fälle erlauben wir uns, sie daran zu erinnern. Sie werden einsehen, daß es in ihrem Interesse liegt, schnelle Antwort zu geben!

Einerlei aber, wie diese Antwort ausfallen mag, einerlei, ob die Behauptungen der Kreuzzeitung sich als wahr oder unwahr erweisen, in jedem Falle bleibt ein schwerer Vorwurf auf den Regierungssozialisten sitzen, und sie haben nicht das geringste Recht, die Entrüsteten zu spielen, wenn ihnen das gesagt wird, wie es in der Rede des Genossen Geyer geschehen ist.

Die französischen Sozialisten und Würzburg.

Die französische Regierungskrise, die inzwischen durch Ribots Rücktritt vorerst notdürftig beigelegt wurde, ist akut geworden über einer ersten Frage der äußeren Politik. Sie wurde direkt herbeigeführt durch eine Anfrage des Genossen Mayéras, mit der sich die gesamte Fraktion einverstanden erklärt hatte, und ihre Behandlung im Geheimkomitee. Ueber diese geheime Sitzung ist natürlich nichts bekannt; jeder Versuch der Blätter, etwas darüber zu bringen, wird von der Zensur abgeschritten. Aber doch erfährt man etwas über die Frage, um die es sich handelt. Henri Fabre beschwert sich im Journal du Peuple darüber, daß es ihm nicht erlaubt sei, über die Dinge zu schreiben. Nach der hurtlesten Anfrage des Herrn Delahaye müsse das Land annehmen, daß man hinter verschlossenen Türen über die Behauptungen L. Daudets verhandelt habe, deshalb sei es gut zu sagen, daß die Debatte sich über eine sehr ernste Frage der auswärtigen Politik entspanne. Das weitere ist von der Zensur gestrichen. Dann fährt Fabre fort:

Die heutige (Stunde), obwohl reichlich zensuriert, läßt doch die Natur der Interpellation erkennen. Unsere Kollegin schreibt: „Die Abgeordneten saßen und lasen wieder gestern nachmittags im Journal officiel vom 19. Oktober den Bericht der Sitzung vom 12. und besonders diese Erklärung des Herrn Alexander Ribot. . . . Gestern noch war es Deutschland, das zu verstehen gab (satsait murmurer), daß, wenn die französische Regierung eine direkte oder indirekte Unterhaltung eingehen wollte, wir hoffen könnten, daß man uns Elsaß-Lothringen zurückgeben würde. . . . Plumpes Falle. . . .“

Wie Herr Ribot zu dieser Behauptung kommt — von deutscher amtlicher Seite wird ein solches Angebot ent-

den bestritten — ist unaufgeklärt. Aber wieder ist es die elässische Frage, um die sich alles dreht. Die französische Regierung hat sie in einem Sinne entschieden, der ihr nur eine schwache Majorität brachte. Sie erhielt bei Wiedereröffnung der Sitzung 313 Stimmen, die für die einfache Tagesordnung abgegeben wurden. Aber etwa 260 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Renaudel hatte im Namen der sozialistischen Fraktion eine Erklärung abgegeben, daß sie nicht für die Tagesordnung stimmen könnte, da sie ein Vertrauensvotum für Herrn Ribot bedeute, und das könnte sie nicht geben. Nach der Besprechung der Interpellation Delahaye wurden für die Regierung 246 Stimmen, gegen sie 189 gezählt, also besaß sie eine Mehrheit von 57. H. Fabre hat recht, wenn er meint, das Ministerium sei nicht bei guter Gesundheit.

Wir dürfen annehmen, daß die französische sozialistische Fraktion sich bei dieser Besprechung im Sinne ihrer letzten Beschlüsse: Forderung einer Abstimmung der Elsaß-Lothringer, gehalten hat. Gegen sie nützt nun die französische Reaktion den Würzburger Parteitag aus. Mit hochhafter Freude verwertet sie die Resolution der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie, um den Sozialisten Frankreichs Vorwürfe zu machen und die Taktik ihrer Regierung als richtig hinzustellen. Der Temps schreibt am 18. Oktober:

Wir bedauern nicht, daß sie (Scheidemann und seine Freunde) ihren Gedanken über Elsaß-Lothringen ausdrücken. Wir bedauern nur, daß sie ihn nicht mit der gleichen Lebhaftigkeit ausgesprochen haben, als die Frage Stockholm zum erstenmal auftauchte. Die deutsche Diplomatie, ob es die Regierung oder die sozialistische sei, hat die unangenehme Gewohnheit, Ungewissheiten erst zu klären, wenn sie sich ihrer bedient hat.

Der Temps verführt dann eine Beantwortung der Frage, was die „alte Partei“ zu diesem Manöver geführt habe. Das Blatt glaubt die Haltung auf den Mitglieder- und die unzufriedene Stimmung unter den Arbeitern zurückführen zu sollen. In gewerkschaftlichen Fragen gebärde sich deshalb die Partei sehr radikal (?), weil sie Zucht haben müsse, die Gefolgschaft zu verlieren. Im Reichstag habe sie ihr Ansehen verloren. In ihrem Vorgehen gegen den Reichskanzler sei sie von den andern Parteien im Stich gelassen worden.

Die offizielle Sozialdemokratie, verpflichtet gegen den Kanzler Stellung zu nehmen, hat die doppelte Demütigung gehabt, sich im Schlepptau der Minderheiten zu befinden und in dem Bestreben die Regierung zu stürzen keinen Erfolg zu haben. Sie hat mit einziger Ausnahme ihre Antikonsequenz und ihre Ohnmacht gezeigt. Nun sucht sie Kompensationen. Um das Vertrauen der Massen zurückzugewinnen, nimmt sie ihr altes revolutionäres Lied wieder auf. Um nicht unwillkürlich mit den Herren der Stunde entwelt zu sein, trägt sie einen intransigenten Patriotismus zur Schau. So denkt sie die Wähler wieder zu erobern ohne sich die Tür der Macht zu verschließen.

Und die Schlusfrage lautet:

Wir fragen einfach die Konzeptionsnehmer von Würzburg: was ist aus der berühmten Friedensliebe geworden, die euch nach Stockholm sprenkte, und die dorthin die französischen Sozialisten mitziehen wollte?

Wir sind auf das Urteil der sozialistischen französischen Presse gespannt, die einstweilen nur die telegraphischen Berichte über Würzburg bringt. Oder vielmehr, wir können uns das Urteil vorher denken. Sie wird das Hauptgewicht auf den Beschluß über Elsaß-Lothringen legen und sehr bedauern, daß nicht Rakenstein mit seinen Vorschlägen durchgedrungen ist.

Die Krise vor dem Abschluß?

Am Sonnabendnachmittag brachten mehrere Berliner Blätter die Mitteilung, daß der sechste Reichskanzler, Dr. Georg Michaelis, dem Kaiser sein Abschiedsgesuch überreicht habe. Eine Bestätigung von amtlicher Seite ist bis heute noch nicht erfolgt. Die Vertreter der bürgerlichen Blätter, die sich an den amtlichen Stellen um Auskunft bemühten, mußten unverständlicher Sache wieder abziehen, selbst die Pressestellen der Behörden hielten sich in Schweigen. Indes darf man wohl aus dem Umstand, daß kein Dementi erfolgt ist, und daß der Kaiser eine ganze Anzahl höhere Reichsbeamte und diplomatische Persönlichkeiten zum Vortrag empfangen hat, den Schluß ziehen, den denn auch die bürgerliche Presse im allgemeinen zieht, daß die Krise in der Tat mit dem Rücktritt des Herrn Dr. Michaelis schließen wird. Der heutige „Tag“ teilt sogar schon positiv mit, daß der Kaiser sich für die Ent-

Fassung des Kanzlers entschieden habe. Ueber den Nachfolger war bislang noch nichts bekannt geworden, doch behauptet jenes Scherblatt, daß sein Name im Laufe des heutigen Tages noch veröffentlicht werden dürfte.

Eine Berliner Meldung behauptet, daß die Entscheidung der Krone auf den Fürsten Bülow gefallen sei. Sie findet indes keinen rechten Glauben, da Bülow von den meisten der in Betracht kommenden Parteien, oder wenigstens von der Mehrheit ihrer Vertreter bekämpft wird. Die regierungsozialistische Presse scheint seine Ernennung allerdings ernstlich zu fürchten, sie hat sich in den letzten Tagen immer wieder mit Heftigkeit gegen ihn gewendet. Der Vorwärts brachte am Sonntag einen Artikel, der im wesentlichen ein Vorstoß gegen die Kandidatur Bülow ist. Von ihm wird gesagt, er sei „ein angenehmes Talent, nicht ohne mühsames erworbene Weltbildung, ein gutes Gedächtnis, eine repräsentable Erscheinung mit Rednergebärde und Sprechergewicht, ein Künstler Fortunat, dem nichts ver sagt blieb, weder natürliche Gaben noch Würden, Titel, irdische Glücksgüter, nur eines: die Gesinnung, die den wirklichen Mann macht“. Und darum gäbe es in der Sozialdemokratie keinen, der Bülow wieder im Amte sehen möchte. Ein früherer Stämpfer-Artikel hatte mit der etwas resignierten Wendung geendet, wenn trotz aller Proteste Bülow als Kanzler wiederkehren sollte, so werde sich die Sozialdemokratie mit ihm abzufinden wissen, aber sie werde ihm niemals über den Weg trauen. Diese Resignation spricht nebenbei Fände über die Macht, die sich die Regierungsozialisten im Mehrheitsblock erworben haben!

Die Lage in Rußland.

Die Verteidigung Petersburgs.

Wern, 27. Oktober. Temps meldet aus Petersburg: Nach einer wichtigen Konferenz in Pskow, an der Arentski, der Kriegsminister und zahlreiche Generale teilnahmen, wurde der Verteidigungsplan von Petersburg des Generals Licheremissow angenommen. Die Festungen um Petersburg sollen in drei Hauptstellungen, aus denen der Feind vorstoßen könnte, nämlich von Kona, Dapsal und Bernau her verstärkt werden, ebenso die Küstenverteidigung von Finnland.

Mehrere Veränderungen im Oberkommando sind von der Regierung antagehen worden. Zum Generalissimo der Nordfront wurde General Woloschenski ernannt. Zu Armeeführern die Generale Licheremissow, Balzew, Kotschawost, Schidlnitski und Promtom. Die neuen Armeeführer sind alle junge Offiziere, die sich durch Energie und Initiative hervorgetan haben. Die Ernennungen werden in militärischen Kreisen allgemein aufgegeben. Auch der Generalquartiermeister des Hauptquartiers, Generalmajor Romanow, wurde abgesetzt und durch Generalmajor Tschersich ersetzt.

Räumung Kronstadt.

Amsterdam, 25. Oktober. Reuter meldet aus Petersburg, daß die bürgerliche Bevölkerung von Kronstadt zu räumen beginnt.

Die reaktionäre Konferenz.

Moskau, 28. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Konferenz der Politiker nahm zum Schluß der Besprechung über Krieg und Frieden eine Entscheidung an, in der es heißt: Trotz des Triumphes der deutschen Flotte in der Bälte und der ernstlichen Bedrohung Petersburgs weist die öffentliche Meinung jeden Gedanken an einen Verzicht der Sache der Allierten und an einen Sonderfrieden ab. Die Konferenz glaubt bestimmt, daß das russische Volk die Kraft finden werde, den Krieg bis zu einem den Interessen und der Ehre Rußlands entsprechenden Ergebnis weiterzuführen.

Vom Tage.

Die Verschleppung der preussischen Wahlrechtsvorlage durch die Regierung wird durch die Mitteilung beleuchtet, daß der preussische Minister des Innern bereits den Entwurf einer Wahlrechtsreform fix und fertig ausgearbeitet habe, daß aber dieser Entwurf „bei andern Stellen“ auf Widerstand gestoßen und abgelehnt worden sei, weil er zu radikal gewesen sei.

Nach dem Wortlaut des preussischen Wahlrechtsversprechens ist kaum die Möglichkeit gegeben, daß ein zu radikaler Entwurf eingebracht werden könnte. Wenn man den Worten dieses Versprechens den Sinn unterlegt, den sie in den bisherigen Wahlrechtskämpfen gehabt haben, so ist eine Auslegung und Ausdeutung dieser Worte im Sinne der Wahlrechtsgegner unmöglich. Eine derartige Auslegung scheint jedoch in der preussischen Regierung beabsichtigt zu sein. Vor Wochen bereits wurden in der Presse die Grundzüge eines Wahlrechtsentwurfes besprochen, der von der Regierung fertiggestellt worden sein sollte. Dieser Entwurf enthielt eine ganz erhebliche Einschränkung der Allgemeinheit des Wahlrechts. Darauf legten jedoch linksprechende bürgerliche, sogenannte demokratische Organe, kein Gewicht. Die Frankfurter Zeitung besaß damals die Kühnheit, zu behaupten, daß dieser Entwurf die Allgemeinheit des Wahlrechts einschränke. Somit wurde der Regierung indirekt die Berechtigung zur willkürlichen Auslegung des Wahlrechtsversprechens zugestanden. Sollte der Entwurf, der damals besprochen wurde, mit dem abgelehnten Entwurf des Ministers des Innern Dr. Drews identisch sein? Das würde auf das deutlichste zeigen, daß die preussische Regierung nicht nur den Begriff der Allgemeinheit, sondern auch die andern Versprechungen im reaktionären Sinne ausdeuten will.

Mit diesen Deutungsabsichten wird die preussische Regierung das Wohlwollen der Konservativen gewinnen, die eben eine solche Auslegung von ihr fordern. In einem offenen Briefe eines Mitgliedes der konservativen Fraktion des preussischen Landtags an Herrn v. Heydebrand heißt es: Eine Allerhöchste Botschaft hat die allgemeine, gleiche und geheime Wahl versprochen, wir werden mit dieser Tatsache zu rechnen haben, und wir werden einen Weg finden müssen, welcher das Sakrament des nun einmal gegebenen königlichen Wortes ernstlich ist.

Es wird möglich sein, für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus eine Basis zu finden, welche auch die geheime, gleiche und allgemeine Wahl weniger gefährlich macht. M. E. kann dies geschehen, wenn in Preußen die Verhältnisse unter sich ihre Berechtigung zu wählen haben. Es werden dann alle Verursacher gerecht im Parlament vertreten sein und niemand wird sagen können, daß diese Art nicht vollständig sei. (!) Es wird auch nicht ausmachen, wenn die Landwirte, Lehrer, Geistlichen, Arbeiter usw. geheim und direkt einen ihrer Verursacher zu wählen haben. Wir kommen aber wieder zu einer Art ständischen Vertretung des Volkes, die ohne Zweifel gerechter ist als alle bis jetzt in Gebrauch befindlichen Wahlgrundlagen. Dabei wird das allgemeine Versprechen voll eingelöst. (!)

Die preussische Regierung scheint sich auf dem Wege zu einer derartigen Auslegung des preussischen Wahlrechtsversprechens zu befinden. Die konservativen Pläne laufen auf eine Wiederherstellung der vormärzlichen Zustände in Deutschland hinaus. Mit Hilfe einer Fälschung der politischen Phrasologie soll die Umgehung einer Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen erreicht werden. Der Versuch ist zu plump. Auch innerhalb der Klassen des preussischen Dreiklassenwahlrechts wählen die Wähler „gleich“ und „allgemein“. Warum also nicht gleich die Erklärung, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht die Erfüllung des Wahlrechtsversprechens darstelle?

Im ungarischen Abgeordnetenhaus ist es zu einem Zusammenstoß zwischen der Regierung und der Tiszapartei gekommen. Den Anlaß dazu gab keine der schwerwiegenden politischen Fragen, sondern eine nebensächliche Verwaltungsangelegenheit. Nachdem Graf Michael Karolyi im ungarischen Abgeordnetenhaus eine längere Rede über die Friedensfrage gehalten hatte, in der er betonte, daß er über Elsaß-Lothringen in Verbindung mit der Friedensfrage interpellieren wolle, weil diese Interpellation keine Beleidigung gegen die Bundesgenossen und auch keine Monarchie darstelle, interpellierte Graf Tisza wegen der Disziplinarangelegenheit eines Bizegspans. Die Antwort des Ministers des Innern auf die Interpellation wurde von der Tiszamehrheit des Abgeordnetenhauses nicht angenommen.

Die Mitglieder des Kabinetts Welerke haben sich darauf mit dem Minister des Innern solidarisch erklärt und beschlossen, nicht zu demissionieren, da die Regierung von vornherein als Minderheitsregierung zur Durchsetzung der Wahlrechtsreform ins Amt getreten sei. Die Wahlrechtsparteien haben der Regierung erneut ihr unerschütterliches Vertrauen ausgesprochen und ihr vorgeschlagen, im Notfall die Auflösung des Abgeordnetenhauses vorzunehmen.

Der erste Versuch der Tiszapartei, durch ein parlamentarisches Manöver die Wahlreform zu Fall zu bringen, ist zunächst mißglückt. Wie mit einem derartigen Parlament die Wahlreform in Ungarn durchgeführt werden soll, ist unerfindlich. Durch die Versuche, mit der Tiszamehrheit ein Kompromiß zu schließen, hat die ungarische Regierung Welerke wertvolle Zeit zur Durchführung der Wahlreform verloren. Sie hat zur Erleichterung eines solchen Kompromisses den Versuch gemacht, die Linke aus dem Wahlrechtsblock herauszudrängen. Durch einen scharfen Angriff auf die Gewerkschaften hat sie sich die Gegnerschaft der Sozialdemokraten zugezogen. Zugleich hat der Ministerpräsident die Erklärung abgegeben, daß der Wahlrechtsminister Dr. Bazsonyi, der dem Wahlrechtsblock angehört, nach der Erledigung der Wahlreform ausscheiden werde. Diese Vorgänge deuten darauf hin, daß die Regierung sich der Gefolgschaft der Linken entledigen und eine konservative Politik treiben will.

Das eröffnet keine günstigen Ausichten für die ungarische Wahlreform.

Unter der Überschrift Verbotenes und Glaubtes lesen wir im Berliner Tageblatt: Der Reichstagsabgeordnete Gothein telegraphiert aus Grimmen:

„Generalkommando getattet der Vaterlandspartei, hier öffentliche Versammlung, verbietet sie mir.“

Die Vorträge Maximilia Gardens sind bis auf weiteres in ganz Deutschland verboten worden; Gardens darf keine unpolitischen, rein literarischen Vorträge halten. Der alldeutsche Graf Nedenklow hielt gestern abend in Berlin einen Vortrag über Belgien und Elsaß-Lothringen.

Die innerpolitische Auseinandersetzung in Italien scheint für den Augenblick unterbrochen durch den Gang der militärischen Ereignisse. Die italienische Presse mahnt zur Ruhe und sucht den Eindruck des militärischen Schlags abzuschwächen. In dieser Situation hat die Ministerkrise eine rasche provisorische Erledigung gefunden. An Stelle Bosellis übernimmt Orlando die Ministerpräsidentenschaft. Alle übrigen Minister, einschließlich des Ministers des Innern Sonnino, bleiben im Amt.

Es scheint, als ob diese Lösung der Krise für den Augenblick eine Mehrheit für sich finden werde. Die Stampa schreibt:

Die offene Krise sei jetzt am wenigsten erwünscht gekommen, denn schlecht paart sich eine Ministerkrise und eine feindliche Offensive. Das historische Verhängnis breche über das nationale Ministerium in dem Augenblick herein, in welchem deutsche Truppen an der österreichischen Offensive teilnehmen. Die Verantwortlichkeit des nationalen Ministeriums und anderer politischer Persönlichkeiten (damit ist wahrscheinlich Solandra gemeint) sei ungeheuer, aber heute müsse man nur einen Gedanken haben, das Vaterland zu verteidigen.

Diese Aeußerung des Organs Giolitti, das die Politik der neugegründeten oppositionellen Kammergruppe vertritt, ist sehr bemerkenswert.

Diese Wirkung der Offensive muß verstärkt werden durch das Geschrei reichsdeutscher alldeutscher Organe, die die deutsch-österreichische Offensive dazu benutzen wollen, die österreichische Regierung in alldeutsche Bahnen zu drängen. Die Deutsche Zeitung schreibt:

Wenn wir nun unserm österreichisch-ungarischen Verbündeten auch hier wieder zu Hilfe geeilt sind, wenn wir ihn vor der größtmöglichen italienischen Offensive bewahrt und ihn nach der Errettung aus russischer Gefahr durch die endgültige Zurückweisung Italiens aus jeder Bedrängnis befreit haben, dann müßte, sollte man glauben, allein das Dankbarkeitsgefühl an der Donau die österreichisch-ungarische Regierung veranlassen, auch in Zukunft den deutschen Notwendigkeiten das erforderliche Verhältniß entgegenzubringen. Wir Deutschen könnten niemals dulden, daß Triest zum Beispiel in andre als uns aus die verbündete Hände fiele, aber Österreich müßte auch sein Interesse daran erkennen, daß Belgien nicht zum Verfall des Englands werde. Solange Wien seine Politik auf das Bündnis mit Berlin gründet, muß es für eine Nachbarmacht Deutschlands gegenüber England eintreten. Der mangelnde Wille hierzu müßte notwendigermaßen zu wenig erfreulichen Gedanken über das Bundesverhältnis führen.

Die Deutsche Zeitung betrachtet also die deutsch-österreichische Offensive gegen Italien als ein Mittel, die österreichisch-ungarische Regierung zu Eroberungskriegszielen fortzureißen, sie sieht darin eine Offensive, deren Ziel nicht in Italien, sondern in Belgien liegt.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Ergebnislose englisch-französische Angriffe.

In Flandern wurden an der Küste mehrere feindliche Monitore und Zerstörer von unseren leichten Seestreitkräften und See-Fliegern vertreiben. Auf zwei der Zerstörer wurden Treffer beobachtet. Auf dem Großkampffelde folgte nach vormittags einsehendem starken Feuer ein feindlicher Angriff westlich des Douthoulster Waldes. Starker Mörserbeschuss ließ Franzosen und Engländer nur einen unbedeutenden Streifen Bodens in dem schattigen Trichterfelde östlich Mercken gewinnen. Auch dieser Angriff erhöhte wiederum die unnütigen Blutopfer unserer westlichen Gegner. Das feindliche Feuer blieb auch tagelänger lebhaft und steigerte sich zeitweise am Nachmittag zum Trommelfeuer. Es dehnte sich in großer Stärke auch nördlich des Großkampffeldes besonders heftig gegen Dymuiden aus. Wiederholt wurden rückwärtige belgische Drifschaffen planmäßig beschossen.

An der Aisnefront wurden nördlich Braye 8 Uhr vormittags mehrere feindliche vorstehende Kompanien abgeschlagen und beim Nachstoß Gefangene eingebracht.

Nachmittags und abends setzten nach harter Artillerie- und Mörserbeschuss tieferliegende französische Angriffe ein, die unter blutigen Einbußen scheiterten. Zahlreiche Gefangene, drei Maschinen- und Schnelladegewehre blieben in unserer Hand.

Fransösischer Seeresbericht

27. Oktober nachmittags. In Belgien nahmen in Verfolg ihrer Kampftätigkeit zwischen Dreybrachten und Dronbaud unsere Truppen neue deutsche Gräben nördlich der gestern erreichten Punkte. Die Offensive dauert unter zufriedenstellenden Bedingungen trotz Geländeschwierigkeiten an. Man meldet Gefangene. An der Aisnefront war die Nacht ruhig und gekennzeichnet nur durch ausgedehnte Artillerietätigkeit hauptsächlich in der Gegend westlich von der Aisne. Auf dem rechten Maasufer schloßten feindliche Bandstreife auf einen unserer Gräben im Schaume-Walde und im Walde von Apremont in unserm Feuer. Vom übrigen Teil der Front ist nichts zu melden. Am Abend des 25. warfen deutsche Flugzeuge großkalibrige Bomben auf Dinikirchen. Man meldet drei bis vier Opfer unter der Zivilbevölkerung.

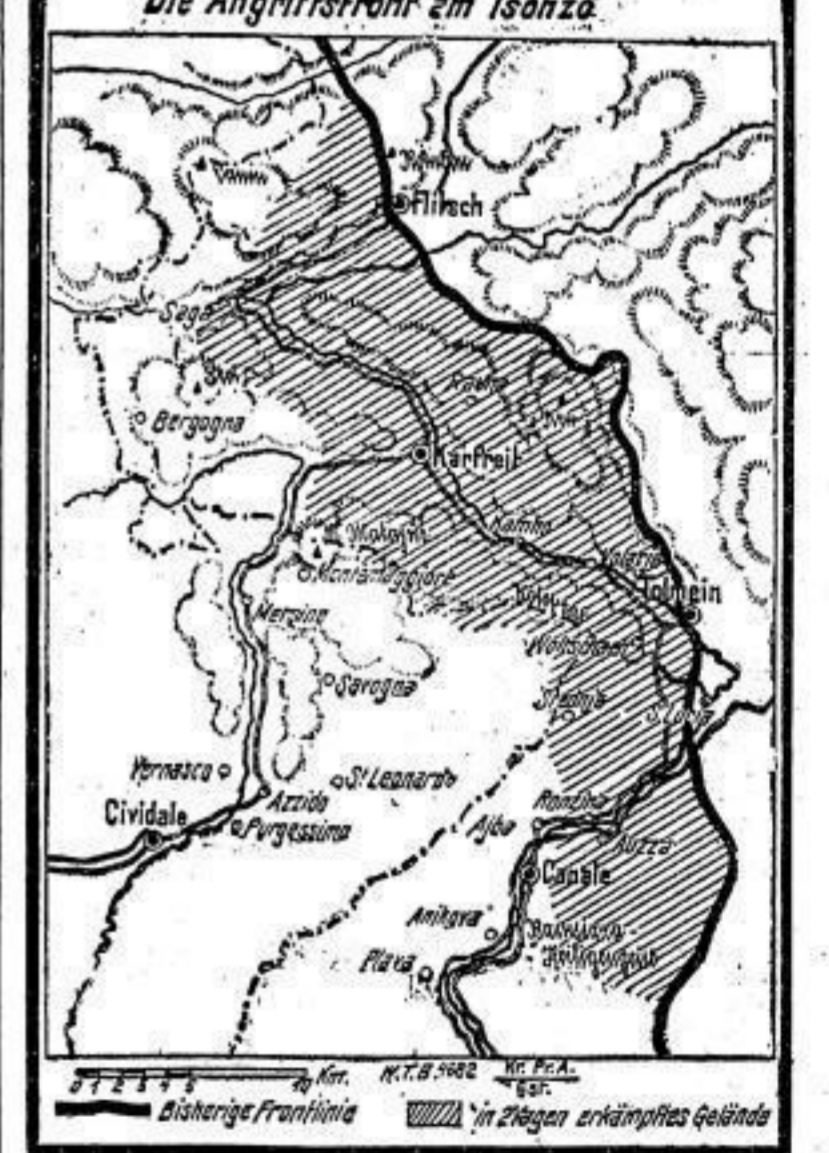
27. Oktober abends. In Belgien entwickelten sich um 5,15 Uhr morgens beiderseits der Straße von Hyern nach Dymuiden. Unsere Truppen nahmen alle deutschen Stellungen auf einer Front von 1 Kilometer in durchschnittlicher Tiefe von 2 Kilometer, trotz des hartnäckigen Widerstands des Feindes, der sehr hohe Verluste erlitt. Wir erreichten auf dem rechten Ufer die Wehränder des Douthoulster Waldes und eroberten die Dörfer Wandbrandesmitz, Kishool, Mercken und Rippe sowie eine große Zahl hart besetzter Gehöfte. Wir machten etwa 100 Gefangene. An der Aisnefront schwache Tätigkeit der feindlichen Artillerie. Wir machten neue Fortschritte vor dem Vorprung von Chevigny und besetzten weiter östlich das Gehöft Avouidmont. Der Artilleriekampf war im Laufe des Tages lebhaft in der Gegend um Dymuiden und auf dem rechten Maasufer, sonst war der Tag überall ruhig.

Antlicher Bericht des amerikanischen Expeditionsheeres.

27. Oktober. Einige Bataillone unres ersten Expeditionsheeres, die ihre Ausbildung fortsetzen, um als Kerntruppe für die Ausbildung zukünftiger Korps zu dienen, haben gemeinsam mit Kriegsgewöhnten französischen Bataillonen auf einem ruhigen Abschnitt der französischen Front Gräben der ersten Linie besetzt. Unsere Truppen werden unterstützt durch einige Batterien unserer Artillerie im Verein mit Kriegsgewöhnten französischen Batterien. Die Lage in dem Abschnitt bleibt normal. Unsere Mannschaften gewöhnten sich in glücklicher Weise an das Leben in den Schützengräben.

Der Krieg mit Italien.

Die Angriffsfront am Isonza



Görz erobert.

Wolffs Bureau teilt mit: In Italien schreiten die Verbündeten von Erfolg zu Erfolg. In mehrfachen Kampf- und Marschleistungen haben die deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen das schwierige Gebirge überschritten und die Ebene erreicht. Cividale wurde am 27. Oktober, abends, von deutschen Truppen, Görz am selben Abend von österreichisch-ungarischen Truppen erobert. In wenigen Tagen ist die Gefangenenzahl auf mehr als 80 000 Mann gestiegen und über 600 Geschütze sind erbeutet. Das fast an Kriegsmaterial und Beute noch in dem zerklüfteten Berggelände steckt, läßt sich nicht annähernd überschauen. Bei dem schnellen, stetigen Vordringen bleibt keine Zeit zur Jählung und Bergung. In wenigen Tagen hat Cadorna nicht nur den Gewinn eines 12-jährigen Krieges erbeutet, in dem er allein bis zum 1. Juli dieses Jahres 1 600 000 Mann liegen ließ, und der Italien bis jetzt 28 Milliarden gekostet hat, sondern auch weite Strecken italienischen Gebietes dem Feinde überlassen müssen. Vor diesen einzig dastehenden Erfolgen werden für immer die Flügen der Entente über den gesunkenen Kampfwert deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen

den verstimmen müssen. Entsprechend dem guten Fortgang ist die Stimmung der Truppen kampfbereit und siegesgewiss.

Der italienische Tagesbericht.

26. Oktober. Die feindliche Offensive gegen den linken Flügel unserer Truppen an der Julischen Front, die durch mächtige Massen von Feinden genährt wurde, hielt in der Nacht zum 25. und den folgenden Tag über mit äußerster Bestigkeit an. Vom Monte Maggiore bis westlich von Anzola mußten wir aus unseren äußersten Linien weichen, und infolge dieses Zurückgehens mußten wir zur Räumung der Hochfläche von Rainizza schreiten. Westlich von Görz und auf dem Karst ist die Lage unverändert.

Gestern wurden 10 feindliche Flugzeuge abgeschossen oder von unseren Artillern gezwungen zu landen.
27. Oktober. Nachdem der Feind an mehreren Stellen unsere Grenze zwischen dem Monte Conin und dem Zugang zum Judrio überschritten hatte, suchte er die Einmündung der Täler zu erreichen. Auf dem Karst verstärkte er seinen Druck und führte mehrere starke Stöße aus, die zurückgeschlagen wurden.

Zur Disposition gestellte Generale.

Bern, 27. Oktober. Dem italienischen Militärämterblatt zufolge sind viele Generale zur Disposition gestellt worden, darunter Brusati, der Erste General-Adjutant des Königs, der durch Generalmajor Cittadini ersetzt worden ist.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 29. Oktober. Amtlich. An der englischen Westküste wurden durch unsere U-Boote wiederum 6 Dampfer versenkt. Darunter der bewaffnete englische Dampfer Main sowie die englischen Dampfer Estmere und D. M. Barkley; ersterer hatte, nach Art der Explosion zu urteilen, Munition geladen, letzterer führte Bier von Dublin nach Liverpool. Ferner waren unter den versenkten Schiffen zwei tiefbeladene Dampfer, von denen einer bewaffnet war.
Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ein Gefecht in der Nordsee.

Berlin, 28. Oktober. Amtlich. (W. Z. V.) Nördlich Ostende kreuzende leichte Streitkräfte des Gegners wurden am 27. Oktober, nachmittags, gleichzeitig von unseren Torpedobooten mit Artillerie und einer großen Zahl von Flugzeugen mit Bomben angegriffen. Obwohl der Feind beschleunigt nach Westen abmarschierte, wurden ihm mehrere Treffer beigebracht. Die eigenen Streitkräfte sind unbeschädigt zurückgekehrt.
Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Deutschland.

Rücktrittsgegnung des Reichskanzlers.

Nach Berliner Meldungen hat Reichskanzler Dr. Michaelis sein Entlassungsgegnung eingereicht. Als Nachfolger werden Graf Roederer und v. A. H. H. genannt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Kriegszustand zwischen Brasilien und Deutschland.

Rio de Janeiro, 25. Oktober. (Agence Havas.) Kammer und Senat ratifizierten einstimmig das Vorhandensein des Kriegszustandes zwischen Brasilien und Deutschland. Der Präsident der Republik gab dieser Rundgebung seine Zustimmung. Die Torpedoboots zerstörer Piahy und Motto Großs erhielten den Befehl, sich nach Bahia zu begeben und von dem im Hafen liegenden deutschen Kanonenboot Besitz zu ergreifen. Die Verhaftung der Besatzung des Kanonenbootes steht bevor.

Austritt des spanischen Kabinetts. Aus Madrid wird gemeldet: Das Kabinett ist zurückgetreten.

Verdringung des polnischen Regentenschatzrats. Aus Warschau wird gemeldet: Im Warschauer Königsschloß fand die feierliche Rundgebung der Einsetzung des polnischen Regentenschatzrats statt.

Der Druck auf Holland. Das holländische Korrespondenzbureau meldet: Der britische Gesandte erklärte in einer Unterredung, daß der Ausschluß Hollands vom Kabelverkehr erst aufgehoben werde, wenn die Zufuhr von Sand und Kies aufhöre. Die britische Regierung denke nicht an eine schiedsgerichtliche Auswertung. Auch Amerika werde seine Lebensmittel nach Holland ausführen, solange diese Frage nicht nach Wunsch der Entente geregelt sei.

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 28. Okt. Amtlich. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern war die Feuerintensität längs der Merneiederung wiederum stärker als früher, insbesondere bei Dixmude.

Zwischen Blankenberge und der Straße Menin-Heeren schwoh der Artilleriekampf zeitweilig zu großer Heftigkeit an. Morgens griff der Feind an der fachen Einbruchsstelle südwestlich des Gouthouster Waldes erneut an, ohne größere Vorteile als am Vorlage zu erzielen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Dije-Aisne-Kanal verstärkte sich die Feuerintensität bei Brancourt und Anzy-le-Chateau. Nachmittags stießen starke französische Kräfte tiefgegliedert am Chemin-des-Dames östlich von Pillain und nordwestlich von Bray gegen unsere Linien vor; sie wurden überall blutig abgewiesen.

Bei Souain, Tahure und Le Mesnil in der Champagne führten unsere Stoßtrupps erfolgreiche Unternehmungen durch.
Auf dem östlichen Maasufer unterhielten die Franzosen starkes Feuer auf die von uns im Chamme-Walde kürzlich gewonnenen Gräben.

Auf dem Westlichen Kriegsschauplatz und an der

Mazedonischen Kriegsschauplatz keine größeren Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die schnelle Weiterführung des gemeinsamen Angriffs am Anzola brachte auch gestern volle Erfolge.

Italienische Kräfte, die unsere Divisionen den Austritt aus dem Gebirge zu verwehren suchten, wurden in kraftvollem Stoß zurückgeworfen.

Abends drangen deutsche Truppen in das brennende Cividale, die erste Stadt in der Ebene, ein.

Die Front der Italiener bis zum Adriatischen Meer ist insanken gekommen; auf der ganzen Linie sind unsere Korps im Nachdrängen.

Görz, die in den Anzola-Schlachten vielumkämpfte Stadt, ist heute früh von Österreichisch-ungarischen Divisionen genommen worden!

Die Zahl der Gefangenen ist auf mehr als 80 000 gestiegen, die Zahl der Geschütze hat sich auf mehr als 600 erhöht.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 28. Oktober abends. (Amtlich.)

In Flandern lebhafteste Feuerintensität bei Dixmude und am Gouthouster Walde.

Am Dije-Aisne-Kanal bei Pillain heftige Kämpfe. Im Osten nichts Wesentliches.

Die italienische zweite und dritte Armee sind im Rückzuge nach Westen.

Unsere Verfolgung ist vom Gebirge bis zum Meere in schnellem Fortschreiten.

An Gefangenen sind bis jetzt 100 000, an Geschützen über 700 gezählt.

Großes Hauptquartier, 28. Okt. Amtlich. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Dunst und Nebel schränkte in Flandern die Kampftätigkeit ein.

Trotzdem war links der Merne das Feuer lebhaft; es erreichte besonders bei Dixmude nachts große Heftigkeit. Vorhübe feindlicher Abteilungen nördlich der Stadt schickten.

Zwischen dem Gouthouster Walde und der Lys belegte der Gegner unsere Kampfzone mit einzelnen starken Feuerweiden. Englische Infanterie, hinter Trommelfeuer von Maschinengewehren vorgehend, griff nördlich der Bahn Vochinge-Staden an; in unserer Abwehrwirkung brachen die Sturmtruppen zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin-des-Dames stürmten starke französische Kräfte noch heftiger Artillerievorbereitung zweimal bei Bray an. Von unserem Feuer, an einzelnen Stellen durch Gegenstoß unserer Grabenbesatzung gestoppt, mußte der Feind zurückweichen; er hatte schwere Verluste und ließ Gefangene in unsere Hand.

Bei den anderen Armeen nur stellenweise auflebende Gefechtsintensität.

Zeit dem 22. 10. verloren die Gegner durch Luftkampf und Abwehrfeuer 18 Flugzeuge, davon drei im Heimatgebiet.
Leutnant Müller schloß den 20. und 21., Leutnant von Bülow den 22. und 23. feindlichen Alieger ab.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Mazedonische Front.

Im Beken von Monastir, im Gerna-Bogen und vom Bardar bis zum Doiran-See betämpften sich die Artillerien lebhaft.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der durch die Erfolge bestärkte Anariffgeist der Deutschen und Österreichisch-ungarischen Divisionen der Armeen des Generals der Infanterie Otto von Below hat die ganze italienische Front zum Zusammenbruch gebracht.

Die geschlagene zweite italienische Armee ist im Zurückziehen gegen den Tagliamento.

Die 3. italienische Armee hat sich dem Angriff auf ihre Stellungen von der Bippach bis zum Meer nicht gestellt, sie ist in eiligem Rückzuge längs der adriatischen Küste.

Auch nördlich des breiten Durchbruchs ist die italienische Front in Ären bis zum Ploeden-Vogel ins Wanken gekommen.

Feindliche Nachhutversuche wurden vergeblich, das ungeklärte Vorwärtsschieben der verbündeten Armeen zu hemmen.

Deutsche Truppen stehen vor Udine, dem bisherigen Hauptquartier der Italiener.

Österreichisch-ungarische Divisionen haben Gorizans genommen und nähern sich im Küstengebiet der Landesgrenze.

Alle Straßen sind von regellos flüchtenden Fahrzeugkolonnen der italienischen Armeen und Bevölkerung bedeckt; die Gefangenen- und Beutezüge sind dauernd im Anmarsch.

Heftige Gewitter, verbunden mit schweren Niederschlägen, entluden sich gestern über dem gewaltigen Kampffeld der 12. Anzola-Schlacht.
Der Chef des Generalstabs: Ludendorff.

Die österreichischen Tagesberichte.

Wien, 27. Oktober. Amtlich wird gemeldet:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der unter der persönlichen Oberleitung Seiner Majestät unster Kaiser und Königs gegen die italienische Hauptmacht geführte Schlag weist gewaltig aus. Unsere kampferprobten, ruhmreichen Anzolutruppen und die mit unüberwindlicher Stoßkraft vorgehenden deutschen Streitkräfte haben einen großen Erfolg errungen. Die Waffenbrüderlichkeit der Verbündeten, geschmiebelt auf ungezählten Schlachtfeldern, besiegelt durch das Blut unserer Besten, bewährte sich auf neue in unvergleichlicher Weise.

Am oberen Anzola haben unsere alpenländischen Truppen — altbewährte Infanterieregimenter, Kaiserjäger, Schützen aus Steiermark und Tirol — in den Felsgebieten des Roubon und des Canin und auf dem Monte Stol in jäher Ausdauer und Tapferkeit das Gebirge und den Feind bezwungen. Südwestlich von Karfreit erlitten preußische Schützen den hochaufragenden Monte Malajur. Dort wie westlich von Tolmein wird durchweg auf italienischem Boden gekämpft.

Auf der Rainizza-Hochfläche wehrten sich die Italiener Schritt für Schritt. In heftigem Kampfe wurden die feindlichen Stellungen südlich von Vch die einst so heilig unstrittene Höhe 632 bei Bodice und der in Italien als Siegespreis der 11. Anzola-Schlacht so sehr gefeierte Monte Santo erobert. Sühne aller Gauen Österreichs und Ungarns weitestens an Angriffskampftätigkeit.

Bei Canale und östlich davon brachten zwei I. u. I. Divisionen allein 10 000 Gefangene und 200 Geschütze ein.

Nördlich von Görz stehen wir am Anzola.

Am Karst Geb entriß die ungarische 17. Division, die seit mehr als zwei Jahren am untern Anzola siegreich wacht hält, dem Feinde in überraschendem Ansturm seine ersten Linien. Es fielen 3500 Italiener in ihre Hand.

Die Gesamtzahl der Gefangenen hat sich auf 60 000, die der erbeuteten Geschütze auf 500 erhöht. Von feindlichen Flugzeugen sind bisher 20 herabgeschossen worden.

Östlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabs.

Wien, 28. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern ist von unserer Anzolafront die letzte Heftigkeit eines seit zweieinhalb Jahren ebenso glorreich als opfervoll geführten Verteidigungskampfes gefallen.

Sowohl auf der Karst-Hochfläche als im Görzer Abschnitt wurde zum Angriff übergegangen.

Die Italiener hielten unserm Ansturm nitrigend stand. Am Südtirol wurde Montalcane durch unsere Vorkorps gewonnen. Oberhalb von Gradisca stürmte in der dritten Morgenstunde Major Mochary an der Spitze seines tapferen Ausrücker Jäger-Bataillons

Nr. 11 über die brennende Anzolafront auf das rechte Ufer flüchtete und entriß dem Feinde den Monte Fortin.

Auf dem Karst von Görz hielten Abteilungen des Anzolafront Infanterie-Regiments Nr. 96 um 2 Uhr früh unsere Kohle.

In rascher Feindverfolgung wurde westlich der befestigten Stadt der Anzola über die Höhe Podgora erliegen.

Die Hochfläche von Rainizza-Keitigengeht liegt — den Monte auf inbegriffen — hinter unserer Front. Bei Plass erzwangen sich unsere Truppen in erbitterten Kämpfen den Übergang über den Anzola.

Cividale ist in deutscher Hand. Ungeklärt vorwärtsdrängend, allen Widerstand des Feindes brechend, gewannen unsere Verbündeten hier den Zugang in die Venezianische Ebene.

Die geschlagenen Armeen des Generals von Aosta und des Generals Capello haben bisher 80 000 Mann an Gefangenen eingebracht. Die Zahl der erbeuteten Geschütze wird gering auf 600 geschätzt.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabs.

Wien, 28. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Heute früh haben unsere Truppen Görz besetzt. Vom Karst wehen nach einjähriger Feindschaft wieder — wie seit langen Jahrhunderten — unsere Jöhnen. Die Italiener sind über den Anzola gewichen.

Der Chef des Generalstabs.

Aus der Partei.

Ein Veteran der Dresdner Arbeiterbewegung gestorben.

In der Volkszeitung für Pirna und Dresden lesen wir unter Dresden:

Genosse Wilhelm Reichelt ist nach kurzer Krankheit im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war von Beruf Schuhmacher und stammte aus Großsch. Schon als junger Mensch hat er für unsere Sache gewirkt und seitdem ununterbrochen im Dienst der Arbeiterbewegung gewirkt, viele Jahre lang auf hervorragendem Posten. In der Parteibewegung Dresdens war Reichelt eine bekannte Persönlichkeit.

Er hat besonders auch in der sozialistengesellschaftlichen Zeit tapfer seinen Mann gestanden und mit Mut und Energie die Sache seiner Klasse vertreten. Lange Zeit war der Verstorbene Mitglied des Agitationskomitees, späteren Bezirksvorstandes, für Ostschlesien. Dieses Amt brachte eine weitere rege Tätigkeit in einer Anzahl maßgeblicher Parteikörperschaften mit sich. Ueber 15 Jahre lang war er als Hilfsarbeiter in der Druckerei der Dresdner Volkszeitung, ein Amt, das ihn wegen persönlicher und parteilicher Verhältnisse mehr niederdrückte, als emporhob. Er war seit der jetzigen Redaktionsleitung ein heftiger Gegner der politischen Haltung der Dresdner Volkszeitung und brachte das auch oft mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Vor einer Reihe von Jahren wurde eine von ihm vorgeschlagene Resolution, die der Rechthaltung des Blattes entgegenwirken sollte, von den Vorständen der drei Kreise angenommen und zur Zeit einer sich aus der politischen Haltung der Dresdner Volkszeitung ergebenden Redaktionskrise stand er scharf gegen die Leitung des Blattes. Damals waren die maßgebenden Dresdner Genossen noch links gerichtet. Daß unter dem Einfluß des Parteiblattes die Instanzen immer mehr nach rechts gedrängt wurden, war sein größter Kummer.

Als nach dem Tode des Genossen Kaden im vierten Wahlkreise ein Nachfolger in den Reichstag zu wählen war, bot er seinen Einfluß mit auf, die Kandidatur und Wahl Buds sowie eines rechts gerichteten zu verhindern, wie auch der damalige Bezirksvorstand einstimmig diese Kandidatur bekämpfte, die in der entscheidenden Sitzung mit nur ganz knapper Mehrheit doch zustande kam. — Wo Reichelt in der jetzigen Parteikrise stand, bedarf kaum noch der Erwähnung; er war entsetzt von der Politik der „Reinheit“. Doch er ist in den letzten Jahren mehr ein stiller Mann geworden, der nur noch in seiner Gruppe Einfluß zu nehmen suchte. Von dem Posten in der Dresdner Volkszeitung hatte man ihn „pensioniert“. Formell auf seinen Wunsch, in Wirklichkeit stand es etwas anders. Und nur mit Bitterkeit sprach er von dieser Episode. Die Dresdner Klassenbewußte Arbeiterkraft wird unserm Allen ein ehrendes Andenken bewahren. Denn ihrer Sache gab er alles.

Anschluß an die U. S. P.

Am 20. Oktober hat der Ortsverein D r i a m ü n d e der sozialdemokratischen Partei mit starker Stimmenmehrheit den Anschluß an die U. S. P. beschlossen. Die Mitglieder sind bereits im Besitz der neuen Mitgliedsbücher. Diefem Erlöse aus dem Sachsen-Altenburgischen Kreise, den ihr Mehrheitsmann Kappeler vertritt, dürfen in Bälde noch weitere folgen. So geht es überall vorwärts. Der so überaus beachtende Verlauf des Würzburger Parteitages, der den Abmarsch der Scheidtmänner ins bürgerliche Lager nur noch dürftig verhält, wird sicher dazu beitragen, die Flucht aus den Reihen der Abhängigen noch mehr zu beschleunigen.

Eine Klage Adolf Geds.

In seiner Würzburger Verichterstattung über die Vorgänge in der Kontrollkommission, die den Austritt des Genossen Adolf Ged zur Veranlassung hatten, beachtete Brühne seinen bisherigen Ansetzungen des einen doppelzähligen Verhältnisses zwischen den beiden Richtungen in der Sozialdemokratie. Brühne wird bald Gelegenheit erhalten, seine Behauptung als Junge vor Gericht zu beweisen. Es ist gegen den Kolbischen Volksfreund, der in zwei Artikeln dem Abg. Adolf Ged in ehrverletzender Weise den Vorwurf eines unfairen Verhaltens beim Austritt aus der Kontrollkommission erhebt, ein Frageverfahren eingeleitet. Dasselbe hat nur den Zweck, die Wahrheit zu ermitteln, wodurch dann festgestellt ist, daß Brühne und seine Helfershelfer dem Genossen Ad. Ged schweres Unrecht tun.

Die beste Befämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Curt Geyer in Leipzig
Verantwortlich für den Anseratenteil: Aug. Schumann in Leipzig
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Volkshaus Spezialgerichte für heute: Bayrisch Kraut mit Erbsenmus. — Kartoffelstückchen, Morgen: Kartoffelmus mit Zwiebelsoße, Eierreis, etc.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. Oktober.

Geschichtskalender. 29. Oktober 1208: Konradin von Schwaben, der Legie der Hohenstaufen, wird in Neapel enthauptet. (1252). 1656: Der englische Mathematiker und Astronom Edmund Halley in Haggerston bei London geboren († 1742). 1783: Der Philosoph und Mathematiker Jean Peroud d'Alambert in Paris gestorben († 1717). 1790: Der Pädagog Adolf Diesterweg in Siegen geboren († 1866). 1811: Louis Blanc, Mitglied der 48er provisorischen Regierung, in Madrid geboren. 1841: Der Rechtslehrer Rudolf Sohm in Rostock geboren. 1880: Der russische Dichter Tschernyschewsky in Sibirien gestorben.

Sonnenaufgang: 6,51, Sonnenuntergang: 4,35. Monduntergang: 5,40 vorm., Mondaufgang: 3,47 nachm.

Personen- oder Systemfrage.

Die bevorstehende Wahl eines neuen Stadtoberhauptes beschäftigt seit einigen Wochen die Stadtöffentlichkeit so lebhaft wie wohl noch bei keiner Wahl zuvor. Es kommt dies in der Presse wie auch in Eingaben an den Rat deutlich zum Ausdruck. Diese lebhafteste Anteilnahme wäre äusserst erfreulich, wenn sie sich auf die Kommunalpolitik selbst bezöge, und vor allem, wenn sie bezweckte, die Leipziger Kommunalpolitik ein gutes Stück auf dem Wege der Reform voranzutreiben. Das ist indes bis auf eine winzige Ausnahme nicht der Fall. Die bürgerlichen Gruppen, besonders die alten kommunalpolitischen Parteien, behandeln solche Wahlen und auch die diesmalige Oberbürgermeisterwahl nur als Personenfrage. Sie suchen einen ihnen ergebenden Kandidaten, der nach seiner Wahl dann schon nach ihrem nicht ausgesprochenen Programm zu handeln hat. Hinter den Kulissen wird bis zur Wahl lebhaft intrigiert und Stimmensfang getrieben. Als erste Forderung bei der diesmaligen Oberbürgermeisterwahl wurde die Ausschreibung erhoben, und zwar n. a. vom Nationalliberalen Verein in Leipzig. Wie wenig diese Organisation im kommunalpolitischen Leben Einfluss hat, ergibt sich daraus, dass für die nationalliberalen Stadträte noch die Stadtverordneten auf diese Forderung reagierten. In ziemlich heftigen Worten witterten die Leipziger Menschen Nachrichten dagegen, dass die Kandidatenfrage etwa in der so beliebten Dunkelkammer gelöst werde. Aber die ziemlich heftig geführte Opposition verpufft wirkungslos, die Dunkelkammer liegt auf's neue. In einer andern Richtung suchten 19 bürgerliche politische Vereine und Interessengruppierungen auf die Wahl Einfluss zu gewinnen; sie richteten eine Eingabe an den Oberbürgermeister als dem Vorsitzenden des Wahlausschusses, worin sie bitten, der Ausschuss solle den Vereinigungen die Möglichkeit zur Vertretung ihrer Forderungen zur Oberbürgermeisterwahl geben. Die Vereine wollen dann auch ein fortschrittliches und sozialpolitisches Programm aufstellen, das ihre Forderungen enthält. Ob der Ausschuss diese Vertreter vorgelassen hat, ist bis jetzt nicht mitgeteilt worden. Auf die Ausschließung des Ausschusses würde die Aussprache sehr wahrscheinlich gar keinen Einfluss gehabt haben. Solange mit dem bisherigen Wahlsystem nicht gebrochen wird, und dazu müsste sowohl die revidierte Stadtordnung wie das Ortsstatut geändert werden, so lange gewinnt die Einwohnerlichkeit auf die Wahl der Stadtverwaltung überhaupt keinen direkten Einfluss. Aber das ist es gerade, was das Leipziger Bürgerum nicht will. Nur eine Demokratie, denn dadurch würde der Arbeiterschaft ein ihrer Zahl entsprechender Einfluss eingeräumt werden. Als bei der Beratung über die Veränderung des Stadtwahlrechts Genosse Seger darauf hinwies, dass sogar in süddeutschen Städten und Gemeinden die Bürgerlichkeit die Bürgermeister wählt, erwiderte aus der Mitte des Saales: Von der politischen Minderständigkeit des Leipziger Bürgerums kann man sich eine so große Vorstellung machen wie man nur will, die Wirklichkeit wird man nie erreichen, seine Vertreter lassen ohne zu erwidern über ihre eigene Unwissenheit.

Warum das Bürgerum diesmal sich so lebhaft für die Oberbürgermeisterwahl interessiert, das hat doch hieserlei Gründe. Die Verhältnisse der Stadt sind von dem Kriege so beeinflusst, dass sich das Bürgerum ängstlich fragt: Was wird in Zukunft? Was wird aus der Wahlreform? So fragt besonders die Hausbesitzerpartei. Die Kapitalisten aber fragen sich, welche Steuerpolitik wird in Zukunft wohl getrieben werden? Sollen wir zu den Kosten, die der Krieg der Stadt verursacht hat, diesmal auch herangezogen werden? Die Leipziger Neuesten Nachrichten sagen in dem schon erwähnten Artikel: „Es wird nicht angeden, die ganze Last der Kriegsausgaben des Krieges dem lebenden Geschlecht aufzubürden.“ Mit andern Worten: es soll weiter Pumpschwanz getrieben werden. In diesem ergebenden Zwecke wollen die Leipziger Kapitalisten einen Oberbürgermeister, der ihren Geldbeutel schon.

Der Einfluss des Oberbürgermeisters auf die gesamte Kommunalpolitik ist schon nach den Gesetzesvorschriften ziemlich groß, er wird noch dadurch vergrößert, dass der Oberbürgermeister Mitglied der Ersten sächsischen Kammer und Vorstandsmittglied des Deutschen Städtebundes ist. In dieser Eigenschaft kann ein ausgesprochener Reaktionsär ein sehr unheilvollen Einfluss ausüben. Ein begabter, demokratisch gesinnter Mann könnte höchstens im Vorstand des Deutschen Städtebundes in fortschrittlichem Sinne wirken; in der Ersten Kammer müssten schon grundsätzliche Veränderungen vorgenommen werden, ehe dort der Einfluss eines fortschrittlich gesinnten Oberbürgermeisters zu spüren wäre. Übrigens würde die sächsische Regierung einen fortschrittlich gesinnten Oberbürgermeister gar nicht bestärken. So groß aber auch der Einfluss des Oberbürgermeisters auf die Kommunalpolitik ist, er findet seine Grenze in dem eigenen Willen und in der Macht der beiden städtischen Kollegien. Auf die Zusammenfassung dieser muss die Arbeiterschaft ihr Augenmerk richten, besonders auf die Zusammenfassung des Stadtverordnetenkollegiums. Schon die kommende Wahl stellt der Arbeiterschaft die Aufgabe, hier ihren Willen nachdrücklich kundzutun. Die Kommunalpolitik ist -- worauf nicht oft und nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden kann -- nur ein Teil der Reichspolitik, und die Maßnahmen des Reiches kommen in der Gemeinde zum Ausdruck, machen es jedem Arbeiter tagtäglich klar, was eine gute Kommunalpolitik, die seine Interessen berücksichtigt, zu bedeuten hat; die Kriegsmassnahmen sind ein besonders lehrreiches

Beispiel dafür. Ist das Stadtverordnetenkollegium so zusammengesetzt, dass dessen Mitgliedern das Wohl der werktätigen Bevölkerung oberstes Gesetz ist, dann kann auch kein Oberbürgermeister rauernd dagegen aufkommen. Deshalb hat die Oberbürgermeisterwahl für die Arbeiterschaft nicht die Bedeutung, wie sie sie für die bürgerlichen Gruppen hat, die ihre Interessen auf dem Wege der persönlichen Einwirkung auf die leitenden Personen, durch Aufhandel und Aufstellenarbeit zu wahren suchen. Solange in den Gemeinden die Masse der Arbeiterminderheits ist, solange feingliedriger Systemwechsel erfolgt, so lange sind Oberbürgermeisterwahlen von untergeordneter Bedeutung. Die Oberbürgermeister werden aber bei der Neuordnung im städtischen Verfassungsgesetz zu zeigen haben, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen sind, besonders der neue Leipziger Oberbürgermeister wird zu zeigen haben, ob er ihr gewachsen ist; ist dies nicht der Fall, so gibt es den Herren wie den Ministern: sie müssen abtreten.

Die Landsberg-Versammlung.

Die Abhängigen hielten gestern nachmittags im Festsaal des Zentraltheaters eine öffentliche Versammlung ab, zu der aber nur denjenigen Eintritt gewährt wurde, die im Besitz von Eintrittskarten waren. Die Versammlung war von etwa 500 Personen besucht. Ein großer Teil der Besucher setzte sich aus Neugierigen und Willkürigen zusammen. Die Versammlung sollte eine Kundgebung „für Freiheit und Frieden“ werden; gleichzeitig sollte auch die Stellung der Abhängigen gegenüber der unabhängigen Sozialdemokratie „festgestellt“ werden. Redner war Reichstagsabgeordneter Landoberra. Er warnte wohl vor der Methode schlechter Romanstreicher, die Menschen in Engel und in Teufel einzuteilen; er selbst aber rühmte sich in seinem Vortrag recht bedenklich dieser Praxis. Die Tätigkeit seiner Partei seierte er in überflüssigen Worten; für die fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum fand er Worte des Lobes. Dagegen griff er die Sozialisten der Entente und die unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands scharf an und dann die Regierung! Mit Worten der Kritik richtete er sich gegen die deutsche Regierung, insbesondere gegen den jetzt amtierenden Reichskanzler. Die österreichische Regierung bekam eine gute Note angesetzt. Den Regierungen der Entente dagegen wurde zum Vorwurf gemacht, dass sie Deutschland zerstören wollten, und ganz besonders schlecht zu sprechen war Herr Landsberg auf Wilson, dessen Beantwortung der Papstnote selbst der Vorwärts -- in einem leichten Augenblicke allerdings -- ganz verständig gefunden hat.

Dann rief Herr Landsberg pathetisch in den Saal: „Wir sind keine Sozialimperialisten!“ Er redete viel vom Verständigungsfrieden und von ähnlichen Dingen. Ganz nett! Wir müssen den Redner aber daran erinnern, dass früher Führer der Regierungssozialisten für einen -- Siegenfrieden eingetreten sind, dass Fraktion und Parteianhänger in ihrer Mehrheit Leisefriede über die Kriegsziele annehmen haben, die einen imperialistischen Charakter tragen und denen der Grundsatz über das Selbstbestimmungsrecht der Völker fehlt, was durchaus nicht auf einen Zufall zurückzuführen ist. Führer der Abhängigen haben sich ganz offen als Amerikaner betannt. Sie sind heute noch in der Partei. Diejenigen aber, die von Anfang an für einen Frieden ohne Amerikaner und Entschuldigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker eingetreten sind, wurden gewaltsam aus der Partei entfernt. Und dann noch eins! Am Dezember 1915 hielt Weismann Volkweg in Reichstag eine Rede, in der er Garantien im Stich und Welen verlangte. Und im Namen aller bürgerlicher Parteien forderte Herr Spahn Gebietsveränderungen. Nach ihm kam ein sozialdemokratischer Abgeordneter zum Wort, dem es nicht einfiel, gegen diese annexionspolitische Politik einzutreten. Und dieser Redner war -- Herr Landsberg, der gestern nicht laut genug die gewaltsamen Gebietsveränderungen verdammen konnte. Als ein großes Wort pries der Redner die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917. Er kritisierte die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie an, dass sie nicht für dieses parlamentarische Meisterstück gestimmt hatte. Herr Landsberg leistete sich auch die Behauptung, Zentrum und Fortschrittspartei hätten dem Eroberungsgeboten entsagt. Dann machte er unsern Gewissen Geber den Vorwurf, in seiner Stützerrede habe er nicht die Unwahrscheinlichkeit zu haben. Dabei hatte unser Genosse ganz mit Recht darauf hingewiesen, Mitglieder der abhängigen Fraktion hätten gewünscht, dass eine Aktion gegen einzelne Abgeordnete der unabhängigen Sozialdemokratie von der Regierung aus Anlass der Vorgänge in der Marine eingeleitet sei, und sie hätten unsern Genossen darüber nicht ein Wort mitgeteilt! Daran kann nicht gerüttelt werden. Natürlich ist diese Feststellung den Regierungssocialisten unangenehm.

Nach dem Vortrage verlesigte ein Redner, obwohl er nicht Mitglied unserer Partei ist, das Verhalten der unabhängigen Sozialdemokratie. Im Schlusswort bezeichnete Herr Landsberg das als „Ankoppel zwischen die Reine werfen“, denn es wäre doch eine Versammlung für Freiheit und Frieden. Ein wertvoller Puffer, der Herr Landsberg! Er selbst muß eine solche Gelegenheit nach Kräften aus, um die unabhängige Sozialdemokratie herunterzuheben. Verteilte jemand unsere Partei, enttrübt sich Herr Landsberg darüber und nennt das -- „Ankoppel zwischen die Reine werfen“. Das die Rede des Herrn Landsberg sich im wesentlichen in rein bürgerlichen und eitschigen Gedankengängen bewegte, und dass er auch billige Mägen nicht verschmähte, um zu wirken, erwähnen wir nur nebenbei, weil das für einen Redner wie Herrn Landsberg selbstverständlich ist.

Lebensmittelkatalog für Dienstag, den 30. Oktober.

Alle Haushaltungen.

Anmeldung: Welche Bohnen: Vorker Tag -- abzugeben Marken 9 E, K und S der Lebensmittelkarte 21, 1 und Fleischmarkenkreifen H 1--4, wenn darauf kein Fleisch angewendet wird.

Ausgabe: Zuckerkartoffeln, Landesperlerste für Magermilch, Quark und Käse, Landes-Gasthaus-Kartoffelmarten und Hasentarten Nr. 1201--1500 der Haushaltkarte.

Alle Händler.

Marmelade: Warenabgabe, Kofcherstraße 11/13, vormittags 1/8 bis 12 Uhr A, B, nachmittags 1/1 bis 5 Uhr C, D, E.

Butter: Bezugskartenabgabe durch die Kleinhandler beim Großhändler und Ablieferung durch die Großhändler an die Bezugskartellstelle.

Zucker: Regler Tag der Einlieferung der verrechneten Bezugskarten und Bezugskarten der Reihe 6 durch die Großhändler an die Zuckerverteilungsstelle.

Gutscheine zum Kartoffelkauf. Die vom Armen- und Kriegsunterstützungsamt an Bedürftige ausgegebenen Gutscheine von Kartoffeln werden bis zum 28. März 1918 eingelöst.

Ausfall des Schulunterrichts zur Reformationsfeier. Zur Behebung aufgetaucher Zweifel hat das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts ausdrücklich angeordnet, dass Dienstag, den 30. Oktober, an dem in den Schulen die Reformationsfeier abgehalten sind, der Unterricht auszufallen hat.

Treppenbeleuchtung. Es wird darauf hingewiesen, dass es auch nach dem Erlaß der Bekanntmachung vom 18. Oktober 1917 über die Veränderung der für die Beleuchtung der Treppen und Böse in bewohnten Gebäuden geltenden Bestimmungen dabei verbleibt, dass solche Stellen in Treppenhäusern, die infolge ihrer Anlage Tageslicht überhaupt nicht oder nicht in genügender Weise erhalten, auch während der Tageszeit zu erleuchten sind.

Die Abgabe von Petroleum. Wie aus der Bekanntmachung in vorliegender Ausgabe zu ersehen ist, hat der Rat seine Bekanntmachung vom 23. Oktober 1917 dahin abgeändert, dass die Verbraucher von Petroleum, die in keinem Räume ihrer Wohnung eine betriebsfertige Einrichtung für Gas- oder elektrische Leuchtanlage haben, sich bis zum 31. Oktober 1917 bei einem Händler anmelden können. Nach Ablauf dieser Frist können Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden. Die Händler haben die Kundenverzeichnisse spätestens bis zum 3. November 1917 beim Gewerbeamt einzureichen.

Einschränkung des Reiseverkehrs und Urlaubssperre bis zum Frühjahr. Wie gemeldet wird, hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, den Reiseverkehr der Heeresangehörigen bedeutend einzuschränken. Die Urlaubserteilungen beim Feldheer sollen etwa um die Hälfte vermindert werden. Die Befehlsgruppen dagegen sollen nur noch zu Kriegs- und landwirtschaftlichen Zwecken, in dringenden persönlichen und Familienangelegenheiten sowie zur Herstellung der Gesundheit Urlaub erhalten. Außerdem kann Urlaub gewährt werden an Heeresangehörige, die erstmalig ins Feld gehen und seit mehr als drei Monaten nicht beurlaubt waren, und schließlich noch in den dringlichsten Fällen, z. B. bei Tod oder schwerer Erkrankung von Familienmitgliedern usw. Es ist unterlagt, in jedem anderen Falle Urlaub zu erteilen. Die Beurlaubungen werden auf die ganze Woche gleichmäßig verteilt, während es für Sonn-, Fest- und Weihnachtsfeiertage beim Urlaubsverbot bleibt. Auch die Zivilbevölkerung hat mit erheblichen Einschränkungen im Reiseverkehr zu rechnen.

Entladung der Güterwagen am Reformationsfest. Wegen der allgemeinen Kohlenknappheit werden viele Kohlenwerke auch am 31. Oktober (Reformationsfest) ihre Betriebe voll aufrechterhalten. Es erscheint im öffentlichen Interesse allezeit dringend geboten, die Eisenbahngüterwagen an diesem Tage zu entladen, damit eine Unterbrechung der Bereitstellung leerer Wagen an die Kohlenwerke nicht eintritt.

Der vom 1. November an gültige Winterfahrplan der sächsischen Staatsbahnen ist in Anordnungsform erschienen; er kann von jetzt an bei allen sächsischen Eisenbahnstationen, Fahrkartenausgaben, Gepäckkassens usw. bezogen werden. Der Preis des Heftchens beträgt 25 Pfg.

„Kaffee“ aus Schilfwurzeln! Eine neue Gesellschaft ist ins Leben gerufen worden, die die Nutzung der Schilfwurzeln als Kaffee-Ersatz betreiben will. Dieser „Schilfkaffee“ soll angeblich alle anderen Ersatzmittel an Güte bei weitem überreffen. Also etwas für Feinschmecker!

Die Fortschritte der Frauenstimmrechtsbewegung. Der zu Dienstag, den 30. Oktober, im August-Schmidt-Haus angelegte Vortrag von Frau Wolf-Krondt mit obigem Thema ist, wie aus einem Inserat in der heutigen Nummer ersichtlich, wegen Krankheit der Rednerin ausgeschrieben worden.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthofe. Dienstag, den 30. Oktober, von 8--10 Uhr Verkauf nur an Urlander; von 10--11 Uhr an die Nummern 6001 bis 6500; von 11--12 Uhr Nr. 6501 bis 7000; von 12--1 Uhr Nr. 7001 bis 8000; von 1--4 Uhr Nr. 8001 bis 9000. -- Passendes Kleingeld und 4 Fleischmarken sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindknochen an die Nummern von 70001 bis 71000.

Freibant I: Heule Nr. 1281 bis 2100; Freibant II: Nr. 1471 bis 2000.

Schellenberger. Nr. 1701 bis 2000.

Neue Bekanntmachungen. Die in der vorliegenden Ausgabe abgedruckten neuen Bekanntmachungen betreffen: Petroleumabgabe; Verkehr mit Zug- und Schlachtwagen und Fleischverbrauch der Selbstverfoger.

Polizeinachtichten.

Zusammenstoß. Am 26. Oktober, nachmittags nach 2 Uhr, ist auf dem Täubchenwege ein Motorwagen der Leipziger Elektrischen Straßenbahn, Linie 6, mit einem aus einem Hofe ausfahrenden Fuhrwerk mit Pferde zusammengefahren. Der Geschirrführer wurde dabei vom Wagen herunter auf die Straße geschleudert; auch die Pferde sind gestürzt. Der Anprall war so stark, dass die Bahn den schweren Wagen mit den gestürzten Pferden 4 Meter weit vor sich her geschoben hat. Der Fahrer hat sich in ärztliche Behandlung begeben. Außerdem hat ein Geleiter, der auf der vorderen Plattform stand, eine Rückenwunde über dem Auge davongetragen und ein Kriegswund, der auch dort stand, war vor Schreck so gelähmt, dass er mittels Rettungswagens nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. -- Ein ähnlicher Zusammenstoß hat am 24. Oktober nach 9 Uhr abends auf der Kreuzung Wöckern, Neuherrn Parkstraße und Mittelbürgerstraße auch mit einem Kutschenwagen stattgefunden. In diesem Falle scheint Selbstverleumdung vorzuliegen. Der Führer des Geschirres ist ebenfalls vom Wege auf die Straße geschleudert worden und ist dabei stark am linken Auge verletzt worden. In beiden Fällen wird durch die eingeleitete Untersuchung der Schuldige ermittelt werden.

Feuerbericht. In der Südstraße hat am 26. Oktober ein fünfjähriger Knabe in der Nähe mit Feuer gespielt und dabei einen Kinderwagen, in dem sein sieben Monate altes Schwesterchen schlief, in Brand gesetzt. Das Kind hat dadurch schwere Brandwunden im Gesicht, an den Armen und Händen erlitten, weshalb es sofort nach dem Kinderkrankenhaus gebracht werden mußte.

Waldschdiebstahl. Diebe sind in der Nacht zum 25. d. M. in ein Geschäft im Grimmaischen Steinweg eingebrochen und haben dort einen großen Posten Herren- und Damenhemden und Unterhosen in gelb, grau und beige, Jacken, Socken und Fußschläpfer, Pelzwärmer, sowie Badestüme und außerdem eine Drahtkassette mit 25 Mark Geld gestohlen; der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt über 3000 Mk.

Diebstahl auf der Eisenbahn. Auf der Eisenbahnfahrt von Halle nach Leipzig in der 3. Wagenklasse oder im Bahnhofs Halle beim Einsteigen in den Zug ist am 24. Oktober in der 7. Nachmittagsabteilung einer Handelsfrau aus der Handtasche ein schwarzes Geldtäschchen mit 10 Mk. Kleingeld und eine rote Brieftasche mit 200 Mk. Papiergeld gestohlen worden. In der Kiste befanden sich zwei Reisepässe auf den Namen Kindes, sowie verschiedene andre Ausweispapiere und drei nur in Leipzig gültige Bezugskarten für Strümpfe und eine Mütze, ebenfalls auf den Namen Kindes lautend.

Wem gehört das Fahrrad? In Verwahrung der Kriminalpolizei befindet sich ein altes Fahrrad mit schwarzem Rahmen, das mit Atlas-Freilauf und Schutzblechen versehen ist und dessen Vordermantel durch die Felge stark beschädigt und die Lanflichter angeklüftet ist. Vorderbremse und Kettsteller fehlen und die Fahrradmarke am Steuerrohr ist abgerissen. Das Rad ist einem jungen Menschen abgenommen worden, der es am 27. Oktober, vormittags, von der Straße weg gestohlen haben will und in V.-Volkmarzdorf zu verkaufen versuchte.

Aus der Reichshauptstadt.

Wichtigste für Gemüse und Obst. Am 1. November trafen neue Höchstpreise für Obst und Gemüse in Kraft. Es sind für Groß-Berlin folgende Kleinhandels- und Höchstpreise für das Pfund festgelegt: rote Möhren und lange Karotten ohne Kraut 16 Pfg.; gelbe Speismöhren 12 Pfg.; kleine runde Karotten 25 Pfg.; Möhren 8 Pfg.; gelbe Kohlrüben 8 Pfg.; weiße Kohlrüben 7 Pfg.; Weißkohl 12 Pfg.; Rotkohl 17 Pfg.; Wirsingkohl 17 Pfg.; Grünkohl 10 Pfg.; Herbstkohlrabi ohne Kraut 23 Pfg.; junger Kohlrabi mit Kraut 35 Pfg.; Spinat 30 Pfg.; laxe Zwiebeln 24 Pfg.; Kürbis im ganzen 17 Pfg.; Kürbis im Ausschnitt 20 Pfg.; rote Rüben 20 Pfg.; Tomaten 55 Pfg.; Sellerie ohne Kraut 45 Pfg.; Kapsel; Gruppe I 70 Pfg.; Gruppe II 45 Pfg.; Gruppe III 20 Pfg.; Gruppe IV 20 Pfg.; Birnen; Gruppe I 65 Pfg.; Gruppe II 40 Pfg.; Gruppe III 20 Pfg.; Walnüsse ohne grüne Schale 85 Pfg.

Zur Kartoffelversorgung. Auch in der Woche vom 20. Oktober bis 1. November wird die Kartoffelration für die darauf folgende Woche ausgegeben. Tauschen sind aber in der Zeit vom 20. Oktober bis 11. November, also während zwei Wochen, auf die Ab-schnitt 1a—g der Sonderkartoffelkarte weitere 7 Pfund Kartoffeln vom Kleinhandler abzunehmen. Diese 7 Pfund Kartoffeln sollen nicht für den laufenden Bedarf dienen, sondern als Ersatz für den Bestand für eine spätere Zeit, die vom Magistrat bestimmt und bekanntgegeben wird, aufbewahrt werden. Durch diesen eifrigen Bestand soll die Bevölkerung in die Lage versetzt werden, für den Fall länger anhaltenden Frostes sich schon mit einem kleinen Vorrat zu versehen.

Zucker. Von der Zuckerverorgungsstelle des Magistrats wird mitgeteilt, daß auf den Abschnitt 25 der Berliner Zuckerkarte vom 1. bis 15. November 1917 lediglich 1/2 Pfund Zucker, und zwar noch zu dem bisherigen Preise, Aushöhung aber nicht verabsagt werden darf. Auf den Abschnitt 26 kann in der Zeit vom 16. bis 30. November 1 1/2 Pfund Zucker entnommen und ausgegeben werden. Um der Bevölkerung aber auch Aushöhung zuzuführen, ist es gestattet, auf den Abschnitt 26 schon vom 1. November an 3 Pfund Aushöhung zu entnehmen; auf Abschnitt 27 und die folgenden Abschnitte kann entweder 1/2 Pfund Zucker oder 1 1/2 Pfund Aushöhung bezogen werden. Aushöhung kann nur nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte verteilt werden.

Die Sonderkassenkarte sowohl für Wasch- und Küchenservice wie auch für aus besonderen Gründen hervorzuheben Erwerbslose und Personengruppen werden an die in Berlin wohnenden Empfangsberechtigten in diesen Tagen verhandelt, soweit die vorliegenden Anträge bewilligt werden konnten.

Annahmestellen für Schulhausbesserungen wird mit Rücksicht auf wiederholte Klagen der Bevölkerung die Stadt Berlin einrichten. Es sollen zunächst versuchsweise in allen Stadtbezirken derartige Annahmestellen eröffnet werden, deren Gesamtzahl nach und nach auf 100 erhöht werden soll.

Verkauf von alten Möbeln durch die Gemeinden. In demselben Maßstabe wie die Alt-Reicherwerbungen soll jetzt von den Groß-Berliner Gemeinden eine Institution eingerichtet werden, die den in den Gemeindebezirken vorhandenen Überflüssigen an gebrauchten Möbeln zu gewinnen sucht, um diese Möbel an bedürftige Einwohner zu billigen Preisen abzugeben. Von den Groß-Berliner Gemeinden haben bisher Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg und Friedrichshagen-Karlshorst die nötigen Vorarbeiten bereits in die Wege geleitet.

Gasrohrleitung. Die 24jährige Arbeiterfrau Therese Ripkau wurde in ihrer Wohnung im Hause Rantkeulstraße 30, infolge Gasrohrleitung tot im Bett liegend aufgefunden. Wie sich herausstellte, hatte Frau R. beim Ausbleiben ihr Korsett zusammengebrochen auf den Gasweiser, aber unter den Gasrohrschläffeln geliegt. Durch den Gebrauch war die Aluminisäure gelockert worden, und so wurde infolge der Rückkraft der Korsettstangen der Schließel samt dem Knopf aus dem Rohr herausgehoben und das Gas konnte ungehindert ausströmen.

Kom Dache gestürzt. Der 63jährige Glaser Karl Wiffen stürzte vom Dache des vierstöckigen Wohnhauses Kolonnenstraße 8, wo er mit dem Vertreten eines Dachstuhls beschäftigt war, in die Tiefe und blieb mit zertrümmertem Schädel tot liegen.

Sächsische Angelegenheiten.

Vaterlandspartei und Burgfrieden. Der bevorstehende Wahlkampf im 3. sächsischen Reichstagswahlkreis soll offenbar in einem Probestkampf die Vaterlandspartei werden, bei dem sie erproben will, wie es um ihre Werbekraft beim Volke steht. Die *Arbeitszeitung* rechnet damit, daß die Reichstagswahlen in Sachsen-Ramens sich nicht im Zeichen des Burgfriedens vollziehen wird, sondern „zu einem Präzedenzfall der Volkstimmung für oder gegen die Verzichtsfrieden werden muß“. Es darf bemerkt werden, daß diese Ankündigung eines scharfen Wahlkampfes am Donnerstagabend im Hauptorgan der Konservativen erfolgt ist, bevor von anderer Seite auch nur die allerleiseste Andeutung laut geworden ist, daß der Burgfrieden nicht gewahrt werden wird. Nun sind wir die ersten, die es den Vaterlandsmännern verübeln, wenn sie bei dieser Gelegenheit die Volksseele prüfen, nur wäre zu wünschen, daß die Gegner statt weinerlicher Lamentationen über Burgfriedensbruch — einen Burgfrieden gibt es nach offizieller Mitteilung ja längst nicht mehr — den Vaterlandsmännern mit derselben nachdrücklichen Agitation entgegenzutreten, die diese selbst treiben, dann würde sich sehr bald herausstellen, wo die Mehreren sind, ob bei den Kriegsgewinnlern und ihren ideologischen Nachläufern oder auf der andern Seite.

Einigermaßen im Widerspruch mit der Ankündigung der *Arbeitszeitung* steht eine Meldung der Leipziger *Neuesten Nachrichten* über einen antisemitischen Nachfolger für Grafse; es heißt darin: „In einer Vertrauensmännerversammlung des Landesverbandes der deutschpolitischen Partei (der früheren Reformpartei) wurde aus Anlaß des durch den Tod des Abgeordneten Grafse-Bischofswerda freigebliebenen Wahlkreises Sachsen-Mittelsachsen beschlossen, denselben entsprechend den inneren und äußeren politischen Verhältnissen bestehende Vereinbarungen durch einen deutschpolitischen Kandidaten neu zu besetzen. Die Namhaftmachung der Kandidatur wird nach Zustimmung der Parteileitung erfolgen. Wie wir von unterrichteter Seite dazu erfahren, ist als Kandidat der Dresdener Stadtverordnete Lagermeister Johannes Weglich in Aussicht genommen. Die Konservativen werden voraussichtlich die Kandidatur der deutschpolitischen Partei unterstützen.“

Sollten die sächsischen Konservativen noch keine Kenntnis von den Absichten ihrer preußischen Parteifreunde haben, oder ist die Meldung des Nachrichtenberichters nur eine vorläufige Annahme?

Verband sächsischer Industrieller.

In der Hauptversammlung, die der Verband gestern in Dresden abgehalten hat, wurde in dem Geschäftsbericht u. a. eine Uebersicht über die Bemühungen der Verbandsleitung gegeben, eine entsprechende Beteiligung der sächsischen Industrie an den Beschlüssen herbeizuführen. Man habe die Absicht gehabt, die Handelskammern mit der Verbandsleitung zu einer Organisation zu verschmelzen und der Verbandsleitung der sächsischen Industrie bei Geschäftsverhandlungen zu stützen, aber die Handelskammern hätten abgelehnt. Indessen sei es doch gelungen, eine bessere Beteiligung Sachsens zu erreichen. Eine große Konkurrenz sei dem freien Ver-

kehr durch die Kriegsgesellschaften entstanden. Die auf 200 angewachsen seien. Weiter berührte Redner die Zwangsmaßnahmen mit ihren schädlichen Einwirkungen auf das freie Unternehmertum, und betonte, daß bei der Reichsregierung die Anfrage gestellt worden sei, welche Maßnahmen sie mit den Syndikaten in der weiteren Zukunft verfolgen werde.

Es wurden dann die Wuchermaßnahmen und die Transport-schwierigkeiten besprochen. Die Entwicklung des Verbandes sei zünftig gewesen, obwohl einige schwache Firmen den Kriegsbedrängnissen erliegen seien. Der Verband umfaßt jetzt 5500 Firmen.

Vaterlandsparteiliche „Agitation“.

Wir haben erst dieser Tage an einem Beispiel gezeigt, in welcher Weise die Vaterlandspartei Mitglieder „wirbt“. In gleicher Weise sucht sie sich auch Zeitungen dienbar zu machen, wie folgender Fall aus Maderberg zeigt. Der Redakteur des dortigen Amtsblattes hat zwar die Notizen und Aufrufe, die die Vaterlandspartei gesandt hat, aufgenommen, aber kein Hehl daraus gemacht, daß er ihr nicht allein dienen kann. Ende September d. J. erschien nun bei ihm der Vorsitzende des unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden, Ortsgruppe Maderberg, Herr Baumeister Kühn, und beantragte, daß die Zeitung als Amtsblatt recht sorgfältig die Notizen des Ausschusses bräute. Nur daran läge es, daß der unabhängige Ausschuh in Maderberg so schlecht vorwärts läme.

Dazu bemerkt der Redakteur: „Wir haben bisher alle uns zugehenden Notizen des unabhängigen Ausschusses aufgenommen, allerdings manchmal, ebenso wie andre, der Not der Zeit gehorchend, etwas gekürzt. Hinzuweise, die in den Angelegenheiten gehören (womit wohl lange Aufrufe und Propaganda-Artikel gemeint sind), müssen wir dorthin verweisen. So haben wir gehandelt.“

Damit gab sich selbstverständlich der Vertreter der Vaterlandspartei nicht zufrieden, denn: „Seht du nicht willig, dann brauch ich Gewalt. Der weitere Gang der Auseinandersetzung nahm nun nach dem Amtsblatt folgenden Verlauf:

„Wein, öffentlich Verwahrung müssen wir einlegen gegen die im Anschlag an obiges Gespräch von Herrn Baumeister Kühn gemachte Verdringung der Tatsache: der Unterzeichnete besäße infolgedessen auch keine vaterländische Gesinnung. Also soweit sind wir schon, daß derjenige, der eine andre vaterländische Meinung hat als die Vaterlandspartei, als nicht vaterländisch gesinnt beschimpft wird! Kritisch verbat ich mir diese Unterstellung ganz entschieden.“

Aber mehr noch: Herr Baumeister Kühn verstieg sich zu der Drohung: „Mir genügt Ihr Eingeständnis und ich werde es gegen Sie verwerfen!“ Damit kam doch nur gemeint sein: Mahregelung! Eine Bedrohung meiner Existenz und — wie es Herr Baumeister Kühn in einer späteren telephonischen Anfrage entschloß: Anzeige bei den Behörden, wohl weil ich als Amtsblattredakteur nicht so vaterländisch gesinnt bin, um auf die Vaterlandspartei zu schwören, und weil meine Zeitung als Amtsblatt nicht nach der Weise des Herrn Kühn tanzen will? Wir müssen abwarten.“

Diese Erklärung war schon früher zur Veröffentlichung bestimmt, unterließ nur auf Grund von mündlichen Verhandlungen mit Herrn Reichshauslehrer Wühse, welcher die Sache gütlich regeln wollte. Dabei wurde uns auch von Herrn Baumeister Kühn das Wort gegeben, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Dieses Wort aber ist gebrochen worden. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, wird jetzt direkt gegen meine Zeitung agitiert, sowohl in privaten Kreisen wie in Mitgliederversammlungen. Wenn auch die merkwürdige Folge davon ist, daß unsere Abonnentenzahl täglich steigt, so sehen wir uns doch genötigt, die Angelegenheit nunmehr in Wahrung eigener Interessen der Öffentlichkeit zu übergeben. Sie wird der beste Richter sein!“

Unternehmer-Willür

In der gegenwärtigen Zeit, wo das Unternehmertum von den höchsten Stellen angefordert wird, die Arbeitskräfte zu halten, wo Arbeitervereine erst nach schwierigen Auseinandersetzungen und Klagen erteilt werden und wo eine große Anzahl *Kleinrentner* zurückbehalten wird, spricht folgender Vorgang eine eigenartige Sprache.

Man schreibt uns: „Da ich zum 1. Oktober meine Einzelhandels-Erder erhalten hatte, mußte ich mich wohl oder übel auch derselben unterwerfen. Wie froh war ich aber, als ich nach Verlesung der Liste die Antwort erhielt: Ueberzählig! In der Hoffnung, nun meine alte Arbeit wieder aufnehmen zu können, da ich wie bei zwei früheren ähnlichen Fällen, eine formelle Entlassung nicht erhielt (sondern nicht den Abtrittschein), begab ich mich auf geradem Wege zu meinem Abteilungsleiter, der mir aber kurzerhand erklärte: Die lange wird es dauern, da hast man Sie wieder!“ Meine Einwendung, daß damit, solange der Krieg dauern wird, jeder einleuchtend körperlich brauchbare Mensch rechnen müsse, half nichts, ich mußte mein Bündel schnüren, trotzdem ein Ersatz für mich noch nicht zur Stelle war und ich über zwei Jahre meine Arbeit zur Zufriedenheit geleistet hatte.“ — Der Fall spielt bei der Firma Reichs, Dresden-Planen.

Ein zweiter, ähnlicher Fall spielte sich in demselben Betriebe am 20. Oktober ab. Ein Holzarbeiter, der 15 Jahre seine Kraft für hiesigen Lohn dem Betriebe gewidmet hat, aber einem sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“ nicht grün war, „aufschrie“ sich einen Holz-pantinenkloß. Durch Demagogie ertrappe man den Linder, und nun, was jeder anständige Betrieb, zumal bei der derzeitigen Verteilung, durch eine kleine Geldstrafe geahndet hätte, wenn über-haupt Strafe sein mußte — diese Firma warf den Mann aus Pfaster.“

Wir können dem Einsender dieser Mitteilungen nur zustimmen, wenn er meint, daß ein derartiges Vorgehen eigenartig anmutet. Nicht nur reichen die Firmen zahlreiche Reklamationsgesuche ein, um von der Beerdigung der notwendigen Arbeiter zur Aufrecht-erhaltung ihres Betriebes zu bekommen, auch Arbeiterfrauen werden, teils unter Androhung der Entziehung ihrer Kriegsunterstützung, verpflichtet, Arbeit anzunehmen. Hier aber entläßt man einen Arbeiter deshalb, weil er möglicherweise bald wieder eingesetzt werden kann. Damit ist doch bei den Reklamierten ebenfalls zu rechnen. Die Firma H. Reichs erweist aber mit derartigen Entlassungen den Anschein, als wolle sie ihr unangenehme Elemente abschlefen, um dafür Leute rekrutieren zu können, die zu den sogenannten wirtschaftsfriedlichen gehören. Dieser Vorgang dürfte der Beerdigung Veranlassung geben, einmal die Reklamationsgesuche der Firma näher zu prüfen.

Keine Zwiebeln und keinen Meerrettich.

Zu dem Mangel an Zwiebeln und Meerrettich schreibt der Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land, er habe sich die größte Mühe gegeben, Merzdorfer Zwiebeln und Sprockwälder Meerrettich heranzubringen. Wie die beteiligten Großhändler erklären, weigern sich aber die Anbieter dieser Gegenden, die Ware zu den festgesetzten Erzeugerhöchstpreisen zu liefern. Diese sind für das ganze Reich einheitlich von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzt. Der Großhandelshöchstpreis für Zwiebeln ist übrigens nicht 16 M., sondern 17 M.

Coffen. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 25. Oktober auf dem Wege von Coffen nach Götzhain. Das hainische Ehepaar passierte mit seinem Gesährt die Eisenbahnüberfahrt bei Coffen, als ein Eisenbahnzug unter dieser Hindurchfuhr. Durch das Geräusch und den entwickelten Rauch wurden die Pferde scheu und gingen durch. Frau Hainisch wurde durch Abpringen zu retten, sie erlitt dabei aber eine schwere Gehirnerschütterung. Bald darauf

starb der Wagen an einen Baum und zertrümmerte. Ein Pferd kam unter die Trümmer zu liegen, während das andre sich losgerissen hatte. Herr Hainisch aber brach bei dem Sturz beide Unterschenkel. Er wurde zunächst nach dem Gesehensheim in Götzhain und später, nachdem er mit Notverbänden versehen worden war, nach dem Krankenhaus in Chemnitz geschafft. Frau Hainisch wurde nach vorübergehender Behandlung in Götzhain nach ihrer Wohnung gebracht.

Wohnbau. Der Gemeinderat beschloß, den Bau von Wohnhäusern durch die Stadt zu fördern, um keinen Wohnungsmangel aufkommen zu lassen. Vier Zweifamilienhäuser, die vom Bau- und Sparverein errichtet wurden, will die Gemeinde kaufen.

Wohnbau. Wegen Unregelmäßigkeiten im Mühlenbetriebe sind in Oppach und Umgebung zwei Mühlen durch die Amtshauptmannschaft geschlossen worden. Die Besitzer hatten größere Kosten Getreide für Privatmüllern vermahlen und auf diese Weise dem Kommunalverband entzogen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Unfall hat sich am Donnerstag früh in der 9. Stunde auf der Eisenbahnstrecke bei Niederriedersdorf ereignet. Die 70jährige Frau Ebert, auf dem Rittergut mit Kartoffelbau beschäftigt, war bei dem zu dieser Zeit herrschenden Schneegestöber vom Wege abgekommen und auf die Eisenbahnstrecke geraten, wo der Personenzug nach Zittau gerade heranbrauste. Die Frau wurde erfasst und beiseite geschleudert, wodurch sie schwere Verletzungen erlitt. — Wegen heimlichen Schlachtens von Schweinen und Verkauf des Fleisches zu Wucherpreisen sowie wegen Schleichhandels mit Wehl wurde ein dem 138. Infanterie-Regiment angehörender, nach Plauen verurlaubter Soldat vorläufig festgenommen und dem Garulion-Kommando zugeführt. Seine Eltern, in deren Wohnung die Schlämungen vorgenommen wurden, werden sich wegen Beihilfe zu verantworten haben.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Schulden und Not. Das Landgericht Chemnitz hat am 10. Mai den Geschäftsführer Friedrich Lange, der 40 Pfund Weizen gestohlen hatte, wegen Rückfallbetrugs verurteilt. In seiner Revision beschwerte er sich darüber, daß sein Einwand, er habe aus Not gehandelt, nicht beachtet worden sei. Er habe sich wegen einer Reihe von Schulden in großer Notlage befunden. Entgegen dem Antrag des Reichsanwalts verwarf heute das Reichsgericht die Revision als unbegründet. Das Landgericht hat den Begriff „aus Not“ nicht verkannt. Der Angeklagte hatte auskömmlichen Lohn und freie Station, so daß er seiner Unterhaltspflicht gegenüber seiner Familie ohne wesentliche Schwierigkeiten nachkommen konnte. Daß durch seine Not die Ernährung seiner Familie beeinträchtigt wurde, ist nicht anzunehmen.

Schöffengericht.

Die gefälschte Rittersmilch. In den Monaten Februar und März sollte die bis zum 30. März auf dem Rittergut Nüßchena beschäftigte gemessene Milchmehlkaffee Anna Martha Sacharias zum Zwecke der Verbutterung die Vollmilch zum Teil entziehen und diese fettärmere Milch als gute Vollmilch in den Verkehr gebracht haben. Es waren seinerzeit drei Milchproben entnommen worden und auf dem sächsischen Untersuchungsamt der Stadt Leipzig nachgeprüft. Es stellte sich nun hierbei heraus, daß die Milch nur zwei Prozent Fettgehalt enthielt, während eine gute normale Vollmilch gegen drei Prozent ausweisen soll. Nach dem Milchregulativ der Stadt Leipzig soll die Vollmilch mindestens 2,8 Prozent Fettgehalt aufweisen. Das Schöffengericht erkannte gegen die Sacharias auf 200 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Das Gericht nahm nur in den drei Fällen Nahrungsmittelfälschung an, in denen die Proben sich als entrahmte Milch herausstellte. Es blieb aber der Verdacht bestehen, daß die Sacharias sich bereits längere Zeit der Milchfälschung schuldig gemacht hatte.

Bewerkschaftsbewegung.

Die Erpressung im Lohnkampf.

Unter obigem Titel brachte die Deutsche Arbeiterzeitung mehrere Aufsätze. Sie sollen eine Untersuchung sein, inwiefern der Erpresserparagraf des Strafgesetzbuches auch auf die Lohnkämpfe der Arbeiter Anwendung finden könne, und ob es im Interesse der Arbeiter liegt, den § 153 der Gewerbeordnung in den Wünschen der freigeordneten Arbeiterschaft entsprechend, bei der Neuordnung der inneren Verhältnisse des Staates abzuschaffen. Die Arbeiterzeitung versucht in langen Darlegungen den Nachweis zu erbringen, daß der Straf ein Uebel sei, denn er sei kein lebensbedingendes Prinzip. Seine Anwendung zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen sei rechtswidrig, denn der Arbeitgeber sei durch Gesetz, Vorschriften und sonstige Kontrollmaßnahmen ohnehin gezwungen, den Wünschen und berechtigten Forderungen der Arbeiter weitgehend Rechnung zu tragen. Die Statistik zeige die Steigerung der Arbeitslöhne durch die freiwilligen Erhöhungen seitens der Arbeitgeber. Bei gutem Willen könne man ohne Streit auskommen. Diese Auffassung ist richtig. Wir wollen uns aber nicht lange bei ihr aufhalten. Hauptächlich interessieren uns die Ausführungen des Unternehmerrates über die Neuordnung des Erpresserparagrafen. „Dabei müssen wir“ — sagt die Arbeiterzeitung — „vor allem zwei große Gesichtspunkte ins Auge fassen: die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und die gewaltigen Steuersummen, die nach Beendigung des Weltkrieges aus unserm Unternehmertum nicht erspart bleiben können. Um den dann herankommenden enormen Anforderungen gerecht werden zu können, ist es unbedingt nötig, alles auszubieten, um einerseits das Interesse des Kapitals an der Industrie zu erhalten und andererseits dem schaffenden Unternehmertum in jeder Richtung freie Bahn zur Durchführung seiner Pläne zu gewährleisten.“ Dem sollen nun die Forderungen der Arbeiter entgegenstehen. „Sie würden“ führt die Arbeiterzeitung weiter aus, „direkt gegen den obersten Grundgedanken des modernen Rechtsstaates: der Gleichheit aller vor dem Gesetz, verstoßen. Es ist schwer zu begreifen, wie die Sozialdemokratie, die sonst jedes Ausnahmengesetz, jede Ausnahmefestsetzung ihrem Programm gemäß geradezu fanatisch bekämpft, hier dieselbe vorschlägt.“

Da soll es also hinaus. — Nach dieser Deklaration unter Forderung (Wegräumung der Gesetzesbestimmungen, die die Arbeiter in ihrem Existenz- und Emanzipationskampf in Fußangeln verstricken) als Ausnahmefestsetzung gegen das Unternehmertum, stellen die Herren Unternehmer ihre Forderung auf. So sagt die Arbeiterzeitung: „Wir verlangen die Freiheit des Arbeitgebers und den völligen Schutz der Unabhängigkeit seiner Entscheidungen, der Gleichheit vor dem Gesetz. Der Arbeitgeber muß frei sein — und weiterhin — wie jeder Bürger — Herr sein in eigenen Hause. Wer daran ihn hindert, wer gar durch Drohung, d. h. durch Inanspruchnahme eines Uebels, einer Gefahr, durch Gewalt physischer oder psychischer Natur ihn zu schädigen sucht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen will, wie Gesetz, Recht und Sitte ihm mißbilligen, der ist der Erpressung schuldig und strafbar.“

Der Unternehmer beansprucht also völlige Freiheit, dem Arbeiter soll jeder Streik mit Hilfe des Erpresserparagrafen unmöglich gemacht werden. Und das soll dann — Gleichheit vor dem Gesetz sein. Die aufgeklärte Arbeiterschaft wird zu diesen Plänen nicht mit der Bergarbeiterzeitung resigniert sagen: „Womit haben wir das verdient?“; sie weiß, daß in sozialen Fragen nicht umgelernt wird, sondern daß Rechtsfragen nachzutragen sind, und sie wird ihren Mann stellen bei der Neuordnung der Rechtsverhältnisse.

